



Max Gast:

Ein Meister auf vielen Ebenen

Der dienstälteste Bürgermeister des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen feierte gemeinsam mit den Kreiscollegen seinen 70. Geburtstag.

Seite 14



Josef Deimer:

DGB würdigt reiches Lebenswerk

Mit der höchsten Auszeichnung, die die Gewerkschaften zu vergeben haben, wurde der langjährige Städtetagsvorsitzende und Rathauschef geehrt.

Seite 2



Otto Wiesheu:

Zu wenig Wettbewerb und zu viel Bürokratie

Nach Ansicht des Ministers hat die im Bundestag verabschiedete Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes immer noch gravierende Mängel.

Seite 6

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 21. April 2005

56. Jahrgang / Nummer 8

Eichel schießt auf die Gewerbesteuer:

Kommunen protestieren

Faltblätter schreiben dem Bundesfinanzminister

Voller Sorge und Empörung reagieren die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände Deutschlands auf erneute Versuche von Bundesfinanzminister Hans Eichel, seine Kasse aus den Töpfen der Gewerbesteuer aufzubessern. Sie wollen sich mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen, versicherten die Repräsentanten von Städtetag, Landkreistag und Deutschem Städte- und Gemeindebund.

Konkret geht es um die beim Jobgipfel avisierte Reduzierung der Körperschaftsteuer von 25 auf 19 Prozent. Eichel geht da-

von aus, dass sie sich zur Hälfte selbst finanziert und zudem in Folge der geringeren Steuerbelastung die Unternehmen zehn Milliarden Euro ihres Gewinns nicht mehr im Ausland, sondern in Deutschland versteuern. Da Eichel zudem aus dem vom Jobgipfel initiierten Wirtschaftswachstum Mehreinnahmen bei den Kommunen errechnet, will er den Anteil an der Gewerbesteuer, der dem Bund zusteht, zu dessen Gunsten um eine Milliarde aufstocken.

Bitte um Mithilfe:

Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Bücherverbrennung am 10. Mai

Zahlreiche Kommunen unterstützen die Aktionen des Interessenverbands Deutscher Schauspieler und des Paul-Klinger-Künstlersozialwerks e. V., „Künstler helfen Künstlern“, die den Anstoß dafür gaben, am Jahrestag der Bücherverbrennung ein Zeichen zu setzen gegen Intoleranz, Radikalismus, Hass und Gewalt.

Den ganzen Tag über soll es Lesungen geben aus den Werken jener Autoren, die während der Nazizeit verboten waren und verbrannt wurden. Der Aufwand ist gering, den Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt: Ob Vormittags in Schulen und Hochschulen, oder am Abend in Theatern, Opernhäusern, Kinos jeweils vor den Aufhängungen, tagsüber auf öffentlichen Plätzen, vor oder in Rathäusern, in Bibliotheken, Museen, Altenheimen, Buchhandlungen...

Weitere Informationen: www.buecherlesung.de und www.buecherverbrennung.de.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Das neue CongressCenter der NürnbergMesse ist eingeweiht. Unser Bild zeigt (v. l.): Messe-Geschäftsführer Bernd Diederichs, Innenminister Dr. Günther Beckstein mit Gattin Marga, Karin Stoiber und Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber sowie Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly mit seiner Ehefrau Petra (Bericht Seite 13). Foto: Peter Roggenthin

Klare Werte braucht das Land

Markus Söder lud zur Wertedebatte

„Klare Werte braucht das Land“ forderte CSU Generalsekretär Markus Söder während einer Podiumsdiskussion in der Hanns Seidel Stiftung. Ein einfacher Slogan, den es mit authentischen Inhalten zu füllen gilt.

Für welche Werte soll die Christlich Soziale Union stehen? Markus Söder will zuerst einen deutschen Patriotismus, „denn nur was man liebt, kann man auch unterstützen“. Der junge Generalsekretär forderte zudem eine Rückbesinnung auf die christlich-abendländische Wertebasis: „Die Menschen brauchen ein geistiges GPS“ und die Partei müsse in der Lage sein, dieses mitzuliefern.

„Union fehlt die Courage“

Der Buchautor Arnulf Baring („Deutschland, was nun?“) kriti-

sierte die Parteiendemokratie, die „auf ausgelatschten Wegen“ gehe. Besonders der Union fehle die Courage, eine wirklich wertorientierte Politik voranzutreiben. Vielmehr wäre unter anderem der bundesdeutsche Wahlkampf von Edmund Stoiber eine „weichgespülte Kandidatur“ gewesen. Baring vermisst bei den konservativen Politikerinnen und Politikern klare Positionen und starke Worte.

FAZ-Redakteur Stefan Dietrich fragte sich, warum die konservative Leitkultur nicht zündet. Die „Linke Leitkultur“ sei ein (Fortsetzung auf Seite 2)

Langlaufende Gaslieferverträge:

Im Würgegriff des Kartellamts

GZ-Interview mit Bayerngas-Geschäftsführer Dr. Ulrich Mössner

Keine Frage, die Liberalisierung bewegt die Gaswirtschaft nicht erst seit der im Raum stehenden Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG). Die Bayerngas als „größte kommunale Gaseinkaufsgesellschaft“ hierzulande hat sich sehr frühzeitig auf die neuen Marktverhältnisse vorbereitet, wie Geschäftsführer Dr. Ulrich Mössner in einem Gespräch mit der GZ betont. Getrübt werden diese Perspektiven freilich durch Vorgaben des Bundeskartellamts über die künftige Zulässigkeit langlaufender Gaslieferverträge.

Nach Auffassung des Kartellamts haben Langfristverträge einen erheblichen Marktabschottungseffekt, weshalb die Behörde in enger Kooperation mit der EU-Kommission gegen diese Vertragsgestaltung der Gasversorgungswirtschaft vorgehen will. Um den Wettbewerb auf dem heimischen Gasmarkt anzukurbeln, sollen Lieferverträge mit einer Laufzeit von mehr als zwei Jahren und einer Bedarfsdeckung von über 80 Prozent verboten werden.

Im Fokus: Verträge mit Kommunen

Ebenso unzulässig sollen Lieferverträge über vier Jahre sein, die den Bedarf des Kunden um mehr als die Hälfte decken. Im Fokus stehen für das Bundeskartellamt nur die Langfristverträge, die deutsche Ferngasgesellschaften mit kommunalen bzw. regionalen Endverteilern abschließen. Die langfristigen Lieferverträge der deutschen Ferngasgesellschaften mit Gasimporteuren oder mit den zumeist ausländischen Gasproduzenten sollen indes unangetastet bleiben.

Künftige Struktur

Wie Ulrich Mössner erläutert, geht es bei diesen Aktivitäten letztlich um die Frage der künftigen Struktur der heimischen Gasversorgung. Seit drei Jahrzehnten bereits seien sehr langfristige Gasbeschaffungsverträge, „die sich von der Importseite bis zu den Stadtwerken fortgepflanzt haben“, gängige Praxis. Im Schnitt beliefen sie sich auf 20 Jahre, Importverträge hätten meist eine Laufzeit von 30 Jahren gehabt. Alle Beteiligten seien

nun aufgerufen, sich mit den vorgelegten sog. kartellrechtlichen Leitsätzen, anhand derer das künftige Gesicht von Gasbezugsverträgen modelliert werden soll, auseinanderzusetzen. Ziel sei es, die Beschaffungsverträge sehr kurzfristig zu gestalten.

Wirtschaftlich unsinnig

Für kommunale Unternehmen wie die Stadtwerke, die in der Regel von einem oder zwei Versorgern beliefert werden, hätte dies nunmehr zur Folge, dass sie im Falle einer Ausschreibung mit dem günstigsten Anbieter nur noch Zwei-Jahres-Verträge abschließen könnten oder den (Fortsetzung auf Seite 10)



Die Zeit läuft unerbittlich davon und mancher Schatz an Erfahrung und Wissen harret noch seiner Bergung. Deshalb will der Bürgermeister im Zuge des Kriegsendes vor 60 Jahren dafür sorgen, dass all die Forschungsergebnisse engagierter Laien gesammelt werden. Schließlich ist Erinnerung ein Versprechen an die Zukunft. Seite 15



„Dieser Staatsempfang in der Münchner Residenz soll ein Symbol des tiefen Dankes sein für Ihren beispielhaften Einsatz und Ihre große Hilfsbereitschaft bei der Bewältigung der Flutkatastrophe in Südostasien“, betonte der stellvertretende bayerische Ministerpräsident, Innenminister Dr. Günther Beckstein vor mehr als 500 aktiven Helfern und Unterstützern bayerischer Hilfsprojekte. Im Bild: Staatsminister Dr. Günther Beckstein mit Angehörigen der Münchner Flughafenfeuerwehr, stv. Landrätin Eva Köhr, 1. Bürgermeister Siegfried Klika, Waldkraiburg und Staatssekretär Georg Schmid.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kampf dem Feinstaub	2
Schaidinger für 40-Stunden-Woche	2
Büchergeld kein Sparprogramm für den Staatshaushalt	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner:	
Die Ausgleichsfunktion der Bezirke muss bleiben	3
Potenzial der über 60-Jährigen nicht verschleudern!	3
Der Zukunft auf der Spur	3
50 Jahre Yad Vashem	4
Schwamm und Eimer für Schmierfinken	4
GZ-Fachthema: Energieversorgung	5 - 11
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 16

Kampf dem Feinstaub vor Ort

Maßnahmenpaket der Staatsregierung soll den Kommunen nutzen

Das Maßnahmenpaket der Staatsregierung, den Feinstaub in der Luft zu reduzieren, ist im Landtag grundsätzlich von allen drei Fraktionen begrüßt worden. In gleichwohl in Einzelheiten differenzierten Dringlichkeitsanträgen haben CSU, SPD und Grüne die zuständigen Ministerien wörtlich fast übereinstimmend aufgefordert, die Kommunen insbesondere bei verkehrsleitenden Maßnahmen zu unterstützen. Das seit Jahren latente Problem ist durch Inkrafttreten der verschärften EU-Grenzwerte zu Jahresbeginn akut geworden. In München ist das Limit von 35 Tagen pro Jahr für eine Überschreitung dieser Grenzwerte heuer bereits überzogen. In anderen Städten sieht es ähnlich aus.

In einer kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzten Erklärung sagte Umweltminister Dr. Werner Schnappauf, „verkehrsleitende Maßnahmen hängen entscheidend von den örtlichen Gegebenheiten ab“. Deshalb seien sie „am besten vor Ort“ zu entscheiden. Dafür würden seitens der Staatsregierung auch die Luftreinhaltepläne fortgeschrieben. Landes- oder bundesweite Fahrverbote an einzelnen Sonntagen lehne man ab, weil sonntags in den Städten der vergleichsweise geringste Verkehr stattfindet.

Steuerliche Anreize

Der - vom Straßenverkehr und von Dieselmotoren nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil - erzeugte Feinstaub werde genauso erfolgreich reduziert, wie beim groben Staub bereits gelungen. Die Gesamtbelastung sei seit 1990 in Bayern um 80% abgesenkt worden. Die Bundesregierung dagegen habe notwendige Maßnahmen versäumt. Schnappauf forderte Berlin auf, aufkommensneutrale steuerliche Anreize für Diesel-Rußpartikelfilter zu schaffen. Bei der Lkw-Maut müssten Fahrzeuge mit solchen Filtern günstiger gestellt werden als die anderen. „Autokanzler“ Schröder habe auf das falsche Pferd gesetzt. Schnappauf verwies auf die erklärte Bereitschaft der bayerischen Autohersteller zu entsprechender Aus- bzw. Nachrüstung der Motoren.

Im Öffentlichen Personennah-

verkehr fördere Bayern die Anschaffung neuer, umweltfreundlicher Linienbusse mit 50 000 bis 150 000 €. Der Einbau von Rußpartikelfiltern im ÖPNV werde mit je 5000 € pro Dieselmotor bezuschusst, für Erdgasbusse gebe es 40 000 €. Für den Freistaat kündigte der Minister an, alle vorhandenen Fahrzeuge würden schnellstmöglich mit Filtern nachgerüstet, neue nur noch mit entsprechender Ausrüstung gekauft. Entsprechend werde im Eisenbahnregionalverkehr auf niedrigeren Schadstoffausstoß und geringen Kraftstoffverbrauch geachtet.

Die CSU unterstütze das Paket, versicherte Johannes Hinterberger und kündigte an, seine Fraktion werde den einen oder anderen weitergehenden Aspekt in Parlamentsanträgen aufgreifen. Nachdrücklich forderte er eine engagierte Mitwirkung der Automobilindustrie. Die SPD-Abgeordneten Herbert Müller und Ludwig Wörner griffen die Staatsregierung bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung an: Sie hätte die Gesamtzusammenhänge früher und besser berücksichtigen müssen und könne die Verantwortung nicht auf die Bundesregierung abchieben.

Grüne fordern bayerische Initiative

Für die Grünen stimmte Dr. Christian Magerl dem Maßnahmenpaket der Staatsregierung grundsätzlich zu, erinnerte je-

doch daran, dass Feinstaub nicht nur ein verkehrspolitisches Thema, sondern auch eines von Landwirtschaft, Baumaschinen und Luftfahrt sei. Ruth Paulig (Grüne) verwies auf die noch letztes Jahr von der CSU im Landtag abgelehnten Anträge für Rußpartikelfilter und verkehrsleitende Maßnahmen durch die Kommunen. Zur Besteuerung forderte sie eine bayerische Initiative im Bundesrat, die mit dem Bundesfinanzminister abgestimmt werden müsse.

Schnappauf entgegnete, das dafür notwendige Konzept der

Bundesregierung gebe es trotz Aufforderung seit 2001 immer noch nicht. Die Rechtsunsicherheit gerade für die Kommunen sei durch Berlin verursacht. Für das weitere Vorgehen griff er erkennbar gewordene Gemeinsamkeiten mit der Opposition auf. Nachdem Bayern im Kampf für eine saubere Atmosphäre die erwähnten Erfolge erzielt habe, blieben als Probleme der Feinstaub und die Stickoxidbelastung der Luft. Die drei Dringlichkeitsanträge wurden den Ausschüssen als Grundlage für weitere Beratungen überwiesen.

Zuständigkeit des Bundes

Doch schon im Umweltausschuss erwies sich die grundsätz-

liche Übereinstimmung als trügerisch. Die CSU lehnte das Zehn-Punkte-Maßnahmenbündel der SPD ab, das u. a. eine „deutliche Aufstockung“ der bayerischen Mittel für den Bau von Umgehungsstraßen sowie eine schnelle Realisierung von Tunnellösungen für die S-Bahn in München und Nürnberg und damit den Verzicht auf das Transrapid-Projekt zum Münchner Flughafen enthält. Berichterstatter Johannes Hinterberger begründete die Ablehnung mit dem Konzept der Staatsregierung und verwies erneut auf die Zuständigkeit des Bundes. Ludwig Wörner kündigte an, seine Fraktion werde ihre zehn Punkte in den weiteren Beratungen wieder auf den Tisch bringen. **rm**

Schaidinger hält Streikrisiko für gering:

Städtetagschef für 40-Stunden-Woche

Städtische Arbeiter und Angestellte sollen länger arbeiten

Unzufrieden zeigte sich der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, mit dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst. Er fordert die Wochenarbeitszeit der Tarifbeschäftigten bei den bayerischen Kommunen auf 40 Stunden zu verlängern. Notfalls, so Schaidinger, müssten die Kommunen dafür auch einen Streik riskieren. Dass es wegen eineinhalb Stunden Mehrarbeit in der Woche tatsächlich zum Arbeitskampf kommen könnte, glaubt der Städtetagschef allerdings nicht.

Der Tarifabschluss vom Januar dieses Jahres ermöglicht regionale Abweichungen von der bisher für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst einheitlich geregelten Arbeitszeit. So kann sich der Kommunalarbeitgeberverband Bayern (KAV) mit den Gewerkschaften darauf einigen, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 auf bis zu 40 Stunden zu verlängern. Dazu kann der KAV die geltende Arbeitszeitregelung ab Inkrafttreten des neuen Tarifrechts am 1. Oktober 2005 kündigen.

Der Vorsitzende des KAV Bayern und Präsident der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände Deutschlands, Münchens Personalreferent Dr. Thomas Böhle, hat die jüngsten Tarifverhandlungen zusammen mit Bundesinnenminister Otto Schily geführt. Böhle hält Verhandlungen mit ver.di über eine Arbeitszeitverlängerung bei den

bayerischen Städten und Gemeinden derzeit nicht für erfolgversprechend. Beim Landesbezirk Bayern der Dienstleistungsgewerkschaft wisse man, so Böhle, schließlich auch, dass eine Kündigung der Arbeitszeitregelung frühestens in einem halben Jahr möglich ist.

Meistbegünstigungsklausel

Der Arbeitgeberchef will zunächst abwarten, ob die Tarifgemeinschaft der deutschen Länder oder auch der Freistaat Bayern für sich allein den Gewerkschaften in den laufenden Tarifverhandlungen eine Arbeitszeitverlängerung abringen kann. Wenn ein Land eine Verlängerung durchsetzt, könnte der KAV Bayern auf Grund der sogenannten „Meistbegünstigungsklausel“ im neuen Tarifrecht eine entsprechende Herausforderung der Arbeitszeit auch für die Kommunen verlangen.

Landrätepräsident Theo Zellner:

Büchergeld kein Sparprogramm für den Staatshaushalt!

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, hat anlässlich des Kabinettsbeschlusses zur Einführung eines Büchergelds eine praktikable Umsetzung und die volle Kostenverantwortung des Staates für den zusätzlichen Verwaltungsaufwand gefordert. Zellner: „Das von der Staatsregierung beabsichtigte Büchergeld muss mit vertretbarem Aufwand für die Schulen und die Schulaufwandsträger umgesetzt werden. Insbesondere darf es nicht in erster Linie dazu dienen, dass sich der Freistaat Bayern in Höhe von 15 Mio. € einseitig auf Kosten der kommunalen Schulaufwandsträger entlastet.“ Auf Zellners Zustimmung stößt die Absicht des Kultusministeriums, den Büchergeldeinzug in die Verantwortung der Schulen zu übertragen. Die Schulaufwandsträger bleiben zuständig für die Prüfung von Befreiungsanträgen („soziale Komponente“ für einkommensschwache und kinderreiche Familien) und - als ultima ratio - für eventuelle Beitreibungsverfahren. Auf Kritik des Landkreistags stieß die Behauptung aus dem Kultusministerium, wonach die Einsparungen der Kommunen bei der Lernmittelfinanzierung deutlich höher liegen sollen als der Mehraufwand für zusätzliche Verwaltungsarbeiten. „Mit Bedauern muss ich feststellen“, so Zellner, „dass die aus-

föhrliche Gegenrechnung in der gemeinsamen Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände vom 18. März schlichtweg übergangen worden ist.“ Nach deren Berechnungen werden die Kommunen nicht, wie behauptet, entlastet, sondern im Gegenteil mit mindestens 2,1 Mio. € jährlich zusätzlich belastet. **zz**

Klare Werte ...

(Fortsetzung von Seite 1) Kassenschlager, weil sie für einen Lifestyle stehe, der als Ersatzreligion einfacher zu vermitteln sei. Der konservativen Leitkultur fehle die Möglichkeit das Wahre und Gute im Diesseits zu versprechen. Gleichzeitig warnte Dietrich man könne und dürfe Werte und Patriotismus nicht per Gesetz verordnen.

Patriotismus à la Schwarzenegger

Söder nannte ein mächtiges Vorbild wenn es um die Vermittlung konservativer Werte geht. Er bewundert den optimistischen Patriotismus des Gouverneurs von Kalifornien, Arnold Schwarzenegger. In seinen Reden wolle der Ex-Schauspieler selbst schwierige gesellschaftspolitische Herausforderungen meistern, indem er sagt, Amerika habe es schon immer geschafft. **JST**



DGB würdigt Deimers Lebenswerk

Mit der Hans-Böckler-Medaille, der höchsten Auszeichnung die die Gewerkschaften zu vergeben haben, wurde der langjährige Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Josef Deimer, geehrt. Mit der Verleihung soll Deimers politisches Lebenswerk gewürdigt werden: In seiner Funktion als Oberbürgermeister der Stadt Landshut über Jahrzehnte hinweg und als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags habe sich Deimer immer mit Herz und Verstand besonders für die Rechte der Arbeitnehmer und sozial Schwachen eingesetzt.

DGB-Vorsitzender Fritz Schösser würdigte in seiner Laudatio Deimers Engagement für eine ökonomisch, sozial und ökologisch ausgewogene Kommunalentwicklung. Der Geehrte habe sich stets für ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingesetzt.

Josef Deimer bemerkte in seiner Dankesrede, die Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Öffentlichen Dienst und in den kommunalen Unternehmen solle dazu beitragen, sozialen Frieden zwischen beiden zu erreichen, „eine auf Dauer angelegte und darum institutionalisierte Zusammenarbeit.“ Er selbst habe sich immer an der katholischen Soziallehre orientiert, betonte der CSU-Politiker. Um den Problemen der „Zweidrittelgesellschaft“, der neuen Armut und der Demographie zu begegnen, brauche man „eine florierende Wirtschaft und eine Umverteilung erwirtschafteter Werte“. Darüber müsse ein demokratischer Konsens herrschen. Deimer schloss mit den Worten von Bischof Johann Michael Sailer: „Alle müssen das Gewissen in die Mitte der Vernunft stellen.“ **DK**

Leserbrief an die GZ

Unbekannter Vorwurf

„In der Bayerischen Gemeindezeitung vom 24.02.2005 II-7 wird in der Kolumne „Vetters Handschrift“ von einem „Vorwurf der Regierung von Oberbayern“ berichtet, dass ich eine „ungesetzliche Kontrolle“ ausüben würde. Ein derartiger Vorwurf ist mir unbekannt. Ich hätte ihn auch entschieden zurückgewiesen. Den Stil und die Linie meiner Ausführungen habe ich ausschließlich selbst zu verantworten. Entsprechende Einwirkungen von außen liegen nicht vor, ich hätte sie auch entschieden zurückgewiesen und darüber berichtet.

Ansonsten danke ich für den Artikel, der nach meiner Erinnerung den Inhalt unseres Gesprächs zutreffend wiedergibt. **Reinhard Vetter**



Wie konservative Werte in Deutschland wieder eine größere Rolle spielen könnten, diskutierte CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder (2 v. l.) mit FAZ-Redakteur Stefan Dietrich (links), Moderatorin Daniela Philippi (2 v.r.) und Prof. Arnulf Baring, Historiker (rechts). **Foto: JST**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Albert Strauß
82393 Iffeldorf
am 5.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl Schregle
87746 Fellheim
am 8.5.

Bürgermeister
Johann Bertele
87755 Kirchhaslach
am 27.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Thalhammer
94557 Niederalteich
am 3.5.

Bürgermeister Klaus Daiber
83233 Bernau am Chiemsee
am 8.5.

Bürgermeister
Gerhard Forstmeier
83567 Unterreit
am 30.4.

Bürgermeisterin
Eleonore Mayer
93073 Neutraubling
am 30.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Theodor Schuster
94529 Aicha vorm Wald
am 2.5.

Bürgermeisterin
Elisabeth Machon
97618 Unsleben
am 3.5.

Bürgermeister Willi Dürr
93351 Painten
am 4.5.

Landrat Walter Eichner
86899 Landsberg a. Lech
am 6.5.

Bürgermeister
Reinhold Sontheimer
87645 Schwangau
am 8.5.

Bürgermeister Anton Fieger
86688 Marxheim
am 26.4.

Bürgermeister Walter Fritz
94209 Regen
am 27.4.

Bürgermeister Johann Bieber
63897 Miltenberg
29.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Weber
97230 Estenfeld
am 3.5.

Bürgermeister
Anton Schwarzmeier
92726 Waidhaus
am 4.5.

Bürgermeister Paul Nagler
87752 Holzgünz
am 8.5.

Bürgermeister Franz Riedl
94154 Neukirchen vorm Wald
am 26.4.

Bürgermeisterin
Ilse Thanopoulos
86519 Wiesenbach
am 27.4.

Bürgermeister Harald Mild
95473 Creußen
am 29.4.

Bürgermeister Reiner Pistner
63825 Schöllkrippen
am 30.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Pellkofer
84130 Dingolfing
am 1.5.

Bürgermeister
Eduard Obermeier
93186 Pettendorf
am 7.5.

Fachtagung „Altern auf dem Lande“:

Potenzial der über 60-Jährigen nicht verschleudern!

Ein lebendiges Forum für Forschung, Wissenstransfer, Meinungsaustausch und Förderung von Kooperationsmöglichkeiten bot die Fachtagung „Altern auf dem Lande“ des Instituts für Entwicklungsforschung im ländlichen Raum im Bezirksrathaus Ansbach. Dabei forderte Bezirksstagspräsident Richard Bartsch in allen 205 mittelfränkischen Städten und Gemeinden Seniorenbeiräte bzw. „Runde Tische Alterwerden“.

Die deutsche Alterspyramide wird in absehbarer Zeit Kopf stehen, es fehlt an Nachwuchs. Bis zum Jahr 2030 hat sich der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung verdoppelt. Lebten 1950 hierzulande etwa doppelt so viele Menschen unter 20 Jahren wie über

lungsräume fehlen Pflege- und Betreuungspersonen, die Infrastruktur am Lande ist vielfach nur dann hinreichend, wenn man über eine eigenständige Mobilität verfügt und differenzierte ambulante Strukturen, wie z.B. Tagespflege oder Betreuungsgruppen für Demenz-

diese Regionen eher Wettbewerbsvorteile haben, die die relativ hohen Ausländeranteile über die Wirksamkeit von Migrantenetzwerken noch begünstigten. Allerdings verstärkten sich dort soziale Polarisierung und Segregation.

Endogene Regionale Entwicklung

Vor allem in Teilen Frankens und der Oberpfalz mindere der demographische Wandel die Chancen einer endogenen Regionalentwicklung. Der Bevölkerungsrückgang beschleunigt dort eine sinkende regionale Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die die Anziehungskraft einer Region für Menschen und Unternehmen verringern wird und in der Folge Stilllegungen von Betrieben hervorrufen kann. Zugleich verschärfen sich die finanziellen Probleme: Sinkende Steuereinnahmen sowie die an die Einwohnerzahl gekoppelten Fördermittel und Zuweisungen machen öffentliche Entscheidungsträger zunehmend handlungsunfähig. Insbesondere in Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte verursache die sinkende Nachfrage mittelfristig ein Ausdünnen im Angebot privater und öffentlicher Dienstleistungen, was die flächendeckende Grundversorgung der Einwohner gefährden wird. DK

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

59-Jährige, wird 2010 der Anteil der über 60-Jährigen bereits 25 Prozent betragen. Angesichts dieser demografischen Entwicklung appellierte Bartsch an Mittelfränkens Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die Interessen der älteren Generation aktiv in die Politikgestaltung einzubringen.

Selbstbewusste Wähler

„Die nächsten Kommunalwahlen in Bayern im März 2008 werden die älteren Wählerinnen und Wähler entscheiden“, meinte der Bezirksstagspräsident. Deshalb müssten die Kommunalpolitiker sich den Interessen dieser immer größer und selbstbewusster werdenden Wählergruppe verstärkt annehmen. Die Jahre von 60 bis 85 Jahren seien ein neuer Lebensabschnitt, in dem die Menschen, anders als früher, noch leistungsfähig und auch leistungsbereit seien. „Das Wissen, die Kompetenz und die Lebenserfahrung darf weder die Wirtschaft noch die Gesellschaft weiter verschleudern“, mahnte Bartsch, das Potenzial der über 60-Jährigen zu nutzen.

Neue Formen der Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung

Die kommunale Seniorenpolitik dürfe sich nicht auf einen bescheidenen Zuschuss an die örtlichen Sozialstationen oder die Besuche des Bürgermeisters zu runden Geburtstagen beschränken. Bartsch regte neue Formen der Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung wie etwa eine „Rollende Bürgerversammlung“ an. Dabei könnten auf einer nachmittäglichen Busfahrt Bürgermeister ihren älteren Gemeindegürgern Neubauten und Veränderungen in der Gemeinde und den Ortsteilen, zu denen sie weniger Kontakt hätten, zeigen. Auf dem Programm könnten beispielsweise auch Besichtigungen, angefangen von der neuen Wasserversorgungsanlage bis hin zum Feuerwehrhaus mit dem neuen Löschfahrzeug, stehen.

Sozialstaatssekretär Jürgen Heike erklärte, es sei notwendig, gerade für die ländlichen Regionen neue Versorgungskonzepte und Versorgungsstrukturen zu entwickeln, denn die Lage der älteren Generation verschärfe sich in einer ländlichen Region zusätzlich: „Durch die Abwanderung von Erwerbspersonen in Städte und Bal-

ranke, sind flächendeckend äußerst schwierig vorzuhalten.“

Versorgungsstrukturen

Die Versorgungsstrukturen für die ältere Generation auf dem Land werden sich daher in vielen Bereichen von städtischen Versorgungsstrukturen unterscheiden müssen. Die Weichenstellungen dazu müssten heute vorgenommen werden und bedürfen weiterer Informationsgrundlagen. Deshalb förderte das Bayerische Sozialministerium verschiedene Projekte im Rahmen des Pflegeleistungsergänzungsgesetzes, die sich speziell mit dem Altern auf dem Land befassen. In der Region Bamberg-Forchheim und im Landkreis Straubing-Bogen würden Projekte mit einer Gesamtsumme von 122.000 bzw. 108.000 Euro vom Sozialministerium gefördert, die Altenhilfestrukturen auf dem Land für die ältere Generation und insbesondere für Demenzkranke entwickeln und erproben.

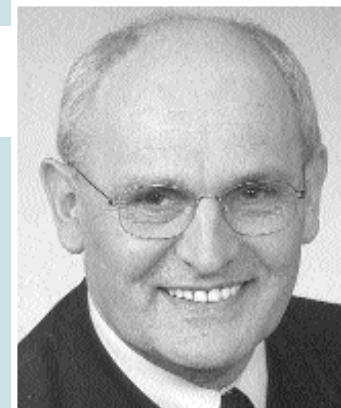
Was jedoch auch im ländlichen Raum gelten müsste, sei der Grundsatz „ambulante vor stationär“, der eine der Leitlinien der bayerischen Altenhilfe-Politik darstellt, sagte Heike. Dies schlage sich auch in dem landesplanerischen Ziel nieder, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen und damit auch für den ländlichen Raum zu schaffen und zu erhalten. Dies gelte auch für alle Maßnahmen, Einrichtungen und Dienste für ältere, hilfebedürftige Menschen. Die Kommunalisierung der Altenhilfe biete dabei den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden die Chance, eine umfassende Sichtweise zukunftsorientierter Altenpolitik auf örtlicher Ebene zu entwickeln.

Demographischer Wandel

Dass der demographische Wandel weit reichende Konsequenzen für die künftige Siedlungsentwicklung hat, darauf machte Prof. Dr. Paul Gans von der Universität Mannheim aufmerksam. Die Alterung der Erwerbstätigen intensiviere die Konkurrenz der Regionen um junge und gut ausgebildete Fachkräfte. In Bayern werden vor allem die Regionen von München, Ingolstadt, Regensburg, gefolgt von Nürnberg und Würzburg die Gewinner sein, so Gans' Prognose. Auch bei ausländischen Fachkräften werden

Liebe Lesern

Die Anerkennung wäre eigentlich einfach: Der Bezirk übergibt seine bisherige Aufgabenzuständigkeit für Ausländer, Aussiedler und Spätaussiedler an die Landkreise und kreisfreien Städte und gleicht diesen die entstehende Mehrbelastung im gleichen Umfang aus, in dem er sich mit der Aufgabenübertragung selbst entlastet. Gleichwohl steckt, wie so oft, auch hier der Teufel im Detail, d.h. in einem für alle Beteiligten befriedigenden und damit akzeptablen finanziellen Ausgleich.



Kolumne
Hanns Dorfner

Bayern nicht gibt, ist ein differenzierter Nachweis der örtlichen Träger gegenüber dem Bezirk nur mit großem Aufwand zu führen.

Wie aber sollte sonst eine zum Januar 2006 einsetzende Aufgabenübertragung mit nachfolgendem Kostenersatz dann möglichst unbürokratisch sowie halbwegs gerecht vonstatten gehen? Leitlinie muss bei diesen Überlegungen sein, dass die bisherige Ausgleichsfunktion der Bezirke nicht verloren gehen darf. Hier sind Freistaat Bayern und Bezirke gefordert, entweder mittels staatlichem Finanzausgleich, z.B. über das Instrument Schlüsselzuweisung, weil bei dieser ja die tatsächliche Sozialhilfebelastung berücksichtigt wird, oder direkt über die Bezirksumlage einen geeigneten Lösungsansatz herbeizuführen. Dass dies in Anbetracht der mitunter sehr unterschiedlichen Ausgabenbelastungen der Kommunen ein äußerst schwieriges Unterfangen sein wird, darf eingeräumt werden. Dabei gilt es zu beachten, jene Kommunen nicht schlechter zu stellen, die bereits bisher mit einer überdurchschnittlichen Belastungsquote durch Ausländer, Aussiedler und Spätaussiedler zurecht kommen mussten.

Gleichmaßen zu fordern wie zu hoffen bleibt demnach, dass es Freistaat und Spitzenverbänden gelingt, eine möglichst gerechte, aber auch unkomplizierte Ausgleichsregelung zu finden, die es ausschließt, dass einmal mehr die Kommunen auf von ihnen nicht zu vertretenden Kosten sitzen bleiben.

Die Ausgleichsfunktion der Bezirke muss bleiben

Immer mehr stellt sich in der gegenwärtigen Diskussion um diese Problematik heraus, dass es ein Fehler war, nicht schon mit dem Start von Hartz IV zum 1. Januar 2005 auch die gewohnten Zuständigkeiten bei den Leistungen für den genannten Personenkreis von den Bezirken auf die Kommunen zu verlagern. Hätte sich die Bayerische Staatsregierung bei der Änderung des Ausführgesetzes zum Sozialgesetzbuch den Forderungen des Bayerischen Landkreistages angeschlossen, hätte man das Delegationsproblem zeit- und ortsnahe und ohne die nunmehr anstehenden immensen Schwierigkeiten lösen können.

Nachdem jetzt geplant ist, diesen Verlagerungsschritt zum 1.1.2006 zu machen, kommen die örtlichen Träger der Sozialhilfe in arge Nachweisnot über die Zahlen und Belastungen der vom SGB II betroffenen Ausländer, Aussiedler und Spätaussiedler. Weil es die kommunale Ebene der Bezirke außerhalb des Freistaates

Hanns Dorfner

Auftaktveranstaltung einer Dialog-Reihe des Bayerischen Landtags:

Der Zukunft auf der Spur

Unter dem Motto „Der Zukunft auf der Spur“ versucht der Bayerische Landtag in einer neuen Dialog-Reihe Antworten zu finden auf die Fragen: Wie sieht unser Land in zehn oder 20 Jahren aus? Welche Tendenzen und Perspektiven sind heute schon abzusehen, und was können wir dafür tun, dass das Land auch im internationalen Vergleich Schritt hält? In der Auftaktveranstaltung im Maximilianeum sprach der Hamburger Zukunftswissenschaftler und Leiter des B/A/T Freizeit-Forschungsinstituts, Prof. Dr. Horst W. Opaschowski, zum Thema „Spuren in die Zukunft: Deutschland 2020“.

Mit der Veranstaltungsreihe sollen wichtige Zukunftsthemen aufgegriffen und diskutiert werden, um daraus die richtigen Schlussfolgerungen für ein verantwortliches Handeln zu ziehen, betonte Landtagspräsident Alois Glück in einer kurzen Einführung. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt eröffne gewaltige Chancen für das künftige Leben und Zusammenleben der Menschen - zugleich drohten aber auch entsprechende Risiken und Gefahren.

Neue Arbeitsformel

„Der Anspruchsstaat ist nicht länger bezahlbar. In Zukunft gibt es weniger Erwerbsfähige, weniger Beitragszahler, die einen Rentner finanzieren, sinkt das Rentenniveau, altert die Gesellschaft und schrumpft die Bevölkerung“, so Prof. Opaschowski zu Beginn seiner Ausführungen. Ökonomisch gesehen werde es den Menschen nicht mehr so gut gehen wie heute. „Die fetten Jahre sind vorbei - das Schlaraffenland ist abgebrannt“, so die Erkenntnis. Doch was folgt daraus für die Entwicklung der nächsten Jahre? Welche Zukunftstrends zeichnen sich bereits heute ab?

Zunächst, so Opaschowski, werde Globalisierung zum Synonym für Weltwirtschaft. Für die übrigen verbleibenden Vollzeitarbeitenden gelte: Ihre Arbeit wird zunehmend intensiv und konzentriert, zeitlich länger und psychisch belastender, dafür aber auch - aus der Sicht der Unternehmen - immer produktiver und effektiver.

Leistung und Lust

„Die befürchtete Leistungsverweigerung fand und findet nicht statt“, so Opaschowskis weitere These. Im Zeitvergleich der vergangenen Jahre sei beispielsweise erkennbar, dass Leistung und Lebensgenuss immer gleichgewichtiger beurteilt werden. „Leistung und Lust wachsen zusammen.“ Der Lebenssinn müsse im 21. Jahrhundert neu definiert werden: Leben sei die Lust zu schaffen! Schaffensfreude (und nicht nur bezahlte Arbeitsfreude) umschreibe das künftige Leistungsoptimum von Menschen, die in ihrem Leben weder überfordert noch unterfordert werden wollen.

In punkto Medienverhalten bleibe das Fernsehen das wichtigste Leitmedium im Alltagsverhalten der Menschen. Die Informationsgesellschaft bleibe hingegen eine Vision, prognostizierte der Wissenschaftler. Das Internet werde das private Leben

nicht revolutionieren, sondern nur ein wenig optimieren helfen. Die Zukunft gehöre dem Kommunikationszeitalter. E-Communication bekomme eine größere Bedeutung als E-Commerce.

Weiterer Zukunftstrend: Die Kinderlosigkeit. Heute sei jede Kindergeneration zahlenmäßig um ein Drittel kleiner als die Elterngeneration. Frauen mit akademischem Abschluss blieben zu mehr als 40 Prozent kinderlos. In den Großstädten und Ballungszentren steige der Anteil kinderloser 40-Jähriger auf teilweise bis zu 50 Prozent.

Demographische Spaltung

Laut Opaschowski droht „die demographische Spaltung der Gesellschaft“. Damit einher gehe die vorprogrammierte, dramatische Überalterung der Bevölkerung. Die Lebenserwartung steige weiter an. Bis zum Jahre 2040 werde sich der Anteil der über 60-jährigen Bevölkerung verdoppeln. Was die Zuwanderung anbelangt, so wird nach einer Vorausberechnung der Vereinten Nationen der Anteil der zugewanderten Bevölkerung einschließlich der bereits hier lebenden Ausländer bis zum Jahr 2050 rund ein Drittel im Bundesdurchschnitt und in den Großstädten über 50 Prozent erreichen - und trotzdem wird die Bevölkerungszahl zurückgehen.

„Die Gesundheit wird zum Megamarkt der Zukunft“, so Opaschowskis weitere These. „In einer immer älter werdenden Gesellschaft boomen dann Bio- und Gentechnologien, Pharmaforschung und Forschungsindustrien gegen Krebs, Alzheimer und Demenz sowie gesundheitsnahe Branchen, die Care und Wellness, Vitalität und Revitalisierung anbieten.“ Die Gesundheit bekomme in Zukunft Religionscharakter und das Gesundheitswesen nehme die Form einer Kirche an. Es dominiere ein

gesundheitsorientiertes Lebenskonzept, „bei dem das Wohlfühlen in der eigenen Haut zum wichtigsten Bestimmungsmerkmal für Lebensqualität wird“. Aus Fitness werde Wellness. In der gesamten westlichen Welt sei ein Wandel zur Wohlfühlgesellschaft feststellbar.

Darüber hinaus prognostiziert Opaschowski einen „Wandel vom bowling alone zum bowling together“, sprich „eine Wiederentdeckung des Gemeinsinns im Sinne von mehr Gemeinsamkeit und weniger Egoismus“. Es kündige sich der radikalste Wertewandel seit 30 Jahren an: „Die Rückkehr der Verantwortung als Antwort auf Verunsicherungen und Vertrauensverluste“. Verantwortungsbereitschaft habe wieder eine größere Bedeutung als Durchsetzungsvermögen. Verantwortung werde zum Schlüsselbegriff für die Zukunft: Gemeint sei die Verantwortung füreinander, für die Umwelt und für das Wohl kommender Generationen.

Renaissance der Familie

Verstärkt nimmt Opaschowski demzufolge auch die Suche nach Sinn, Halt und Heimat wahr. Im Zeitvergleich sei feststellbar, dass sich die Menschen wieder mehr für eine bessere Gesellschaft interessieren und auch mithelfen wollen, eine bessere Gesellschaft zu schaffen. Die Menschen suchten eine Sinnorientierung, die Beständigkeit und Wesentliches in das Leben bringt. Religiosität als Lebensgefühl kehre in den Alltag zurück. Auch entdeckten die Bürger langsam die Familie wieder. In naher Zukunft sei eine Renaissance der Familie möglich, meint der Wissenschaftler: „Die Familie wird dann zum Wohlfahrtsverband. Sie bleibt billig und barmherzig.“ In großem Umfang flössen Ströme an Geld, Sachmitteln und persönlichen Hilfen von den Älteren zu den Jüngeren. „Die Alten sparen - für die Jungen. Der Generationenkrieg findet nicht statt“, so Opaschowskis abschließendes Urteil. DK

50 Jahre Yad Vashem - Gedenken im Landtag:

Millionen Opfer noch ohne Namen

Prof. Dr. Rita Süßmuth und Fürst zu Castell-Castell an der Spitze des Freundeskreises

Im Maximilianeum war es am 7. April mehr als eine „Veranstaltung anlässlich des 50jährigen Bestehens der Gedenkstätte Yad Vashem, die in Jerusalem der sechs Millionen Opfer des Holocaust gewidmet ist. Jüdische Mitbürger von überall aus Bayern füllten auf Einladung des Freundeskreises von Yad Vashem den Plenarsaal des Landtags bis auf den letzten Platz. Hausherr Alois Glück erinnerte daran, dass vor nunmehr 40 Jahren Israel und die Bundesrepublik offiziell diplomatische Beziehungen aufnahmen.

Der Landtagspräsident: „Symbolisch stehen dafür die Namen zweier großer alter Staatsmänner - David Ben Gurion und Konrad Adenauer“. Damit sei ein Friedenswerk in Gang gesetzt worden. Prof. Dr. Rita Süßmuth, Vorsitzende des Freundeskreises, mahnte, es dürfe eigentlich Aufgabe nicht nur eines kleinen Kreises sein,

die Erinnerung an Menschen wach zu halten, denen alle Menschenwürde genommen wurde.

Den Opfern ihr Gesicht zurückgeben

Glück hatte die Begrüßung zahlreicher Prominenter aus Kreisen der Christlichen Kirchen, der Hochschulen sowie

aus den Staatsbehörden übernommen. Sein besonderer Gruß galt der Münchner Ehrenbürgerin Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Gemeinde München-Oberbayern, und Albrecht Fürst zu Castell-Castell, der Rita Süßmuth im Freundeskreis zur Seite steht.

400 deutsche „Gerechte“

Yad Vashem, ein Name aus dem Buch Jesaja, bedeutet „Ein Denkmal und ein Name“. Für Glück erinnert diese Bezeichnung „für alle Zeit an den Namen jedes einzelnen Opfers“. Doch bislang seien erst dreieinhalb Millionen Opfer namentlich identifiziert. Diese schwierige Aufgabe fortzusetzen sei schwierig, aber wichtig. „Denn je mehr uns die Generation der Zeitzeugen verlässt, umso mehr macht sich die Tendenz breit, Auschwitz als Synonym für Unmenschlichkeit an sich zu verallgemeinern. Die sechs Millionen jüdischer Einzelschicksale drohen dahinter unsichtbar zu werden. Deshalb müssen wir den einzelnen Opfern ihr Gesicht und ihren Namen zurückgeben, damit die Erinnerung an sie nicht in Vergessenheit gerät.“

Bayerischer Behördenwettbewerb 2005**Familienfreundliche Verwaltung****Mitarbeiter-Projekte für familienfreundlichen Service**

Das Kabinett gab in München den Startschuss für den vierten Wettbewerb Innovative Verwaltung für mehr Bürgerfreundlichkeit. Der Behördenwettbewerb 2005 steht unter dem Motto „Familienfreundliche Verwaltung“.

Der Freistaat Bayern will die Ideen und Vorschläge seiner Mitarbeiter nutzen, um die öffentliche Verwaltung für den Bürger und für die Beschäftigten noch familienfreundlicher zu machen. Bis zum 31. August 2005 können Mitarbeiter aus bayerischen Behörden und Kommunen Projekte bei der Staatsregierung einreichen, mit denen der Service für den Bürger oder das eigene Arbeitsumfeld noch stärker auf die Belange der Familien ausgerichtet werden können. „Familien sind das Herz der Gesellschaft. Eine moderne Verwaltung muss die besondere Lebenssituation von Familien immer im Blick haben. Wir wollen einen Wettbewerb um die besten Ideen für familienfreundliche Rahmenbedingungen in unserer Verwaltung, von dem die Bürgerinnen und Bürger ebenso profitieren wie die Mitarbeiter“, betonte Verwaltungsreformminister Erwin Huber.

Themenspektrum

Das Themenspektrum des Wettbewerbs ist weit gesteckt. Die Projekte können sich beispielsweise damit befassen, wie öffentliche Service- und Informationsangebote besser auf die Lebenssituation von Familien ausgerichtet, wie Familien besser an Planungsprozessen beteiligt oder wie die Arbeitsabläufe in einer Behörde familienfreundlicher gestaltet werden können. Beteiligten können sich alle bayerischen Behörden, von Gemeinden über Landratsämter, Regierungen und Polizeistellen bis hin zu Schulen und Hochschulen, und die Gerichte. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige und ehrenamtliche Jury mit Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, Sozialverbänden und Medien. Den Vorsitz übernimmt Professor Hermann Hill von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Biowärme für Wertingen

Die Stadt Wertingen setzt bei ihrer Wärmeversorgung auf nachwachsende Rohstoffe: Landwirtschaftsminister Josef Miller hat kürzlich das neue Biomasseheizwerk offiziell in Betrieb genommen. Es versorgt die Verbandshauptschule, das Gymnasium, die Turnhalle und das Hallenbad sowie das Seniorenwohnheim St. Klara mit umweltfreundlicher Biowärme. Herzstück der Anlage ist ein 850-Kilowatt-Holzhackschnittkessel, der mit jährlich 965 Tonnen naturbelassenem Wald- und Restholz aus der Region befeuert wird. Investor ist die „Südwärme Gesellschaft für Energielieferung AG“ und Betreiber vor Ort die Firma „Julius Gaiser GmbH & Co“. Das Werk wird mit rund 391.000 Euro aus Landesmitteln gefördert. Die Gesamtkosten liegen bei rund 1,1 Millionen Euro.

Die Anlage bezeichnete der Minister als „Musterbeispiel für vorausschauende Klima- und Ressourcen-schonende Energieversorgung“. Angesichts knapper fossiler Brennstoffe und der Treibhausproblematik werde die energetische Nutzung von Biomasse immer wichtiger. Das Heizwerk spart 250.000 Liter Heizöl und vermeidet so den Ausstoß von rund 685 Tonnen Kohlendioxid. Denn bei der Holzverbrennung wird nur so viel des Treibhausgases frei, wie vorher beim Aufwuchs gebunden wurde.

Derzeit gibt es in Bayern rund 240 staatlich geförderte Biomasseheiz- und -heizkraftwerke. Von 1990 bis Ende 2004 hat die Staatsregierung insgesamt 209 Millionen Euro, davon 171 Millionen Euro Landesmittel, überwiegend in die Energieerzeugung aus Biomasse investiert - so viel wie kein anderes Bundesland. Die Gewinnung von Biowärme ist nach Aussage Millers ein wichtiges agrarpolitisches Ziel in Bayern, denn: „Strom und Wärme aus Wald, Feld und Stall haben Zukunft.“ Die Rohstoffe kommen von ortsansässigen Bauern und Waldbesitzern. Das bedeutet für die oft von rückläufigen Einnahmen betroffene Land- und Forstwirtschaft eine zusätzliche Einkommensquelle. Biomasse deckt in Bayern derzeit vier Prozent des Primärenergieverbrauchs - bundesweit sind es zwei Prozent.

Der Bayerische Behördenwettbewerb, der in diesem Jahr zum vierten Mal ausgetragen wird, zeigt nach Ansicht Hubers das hohe innovative Potenzial in der bayerischen Verwaltung. Huber: „Die vielen Bewerbungen aus allen Teilen Bayerns in den vergangenen Jahren machen deutlich, dass sich die Wettbewerbsidee in unserer Verwaltung durchgesetzt hat. Die Teilnehmer haben mit viel Kreativität und großem Engagement neue Wege erprobt und die öffentliche Verwaltung damit noch leistungsfähiger und innovativer gemacht.“ Aus den bisherigen Wettbewerben zu Themen wie „eGovernment“ oder „Bürger als Partner“ habe man viele wertvolle Anregungen und Konzepte gewonnen, die in die tägliche Arbeit der Behörden eingeflossen seien, betonte Huber. Der anhaltende Erfolg des Behördenwettbewerbs zeige, dass modernes Verwaltungsmanagement in Bayern als dauerhafte Optimierung verstanden wird. Huber: „Wir wollen beständig besser werden, und dabei sind uns die Erfahrungen unserer Mitarbeiter vor Ort besonders wichtig.“

Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz:**Mehr Geld für die Kinderbetreuung****Familienministerin Stewens: Erhalt von Kindertageseinrichtungen im ländlichen Raum gesichert**

„Trotz bereits jetzt zurückgehender Kinderzahlen wird es auf der Grundlage des neuen Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) mehr Geld für die Kinderbetreuung geben. Die Haushaltsansätze für die Kinderbetreuung steigen. Wer angesichts dessen von einem Sparmodell spricht, verdreht die Tatsachen komplett.“ Mit diesen Worten reagierte Bayerns Familienministerin Christa Stewens auf die auf einer Pressekonferenz in Nürnberg geäußerte Kritik der Grünen.

Im Haushalt des Familienministeriums stehen nach den Worten der Ministerin im Jahr 2005 rund 564 Mio. Euro für Kinderbetreuung zur Verfügung, 2006 seien es sogar rund 575 Mio. Euro. Falsch sei insbesondere der Vorwurf, der Ausbau von Krippen und Horten werde zulasten der bestehenden Angebote finanziert. „Der Vergleich der Haushaltsansätze spricht eine deutliche Sprache: Bei den Kinderhorten steigt die staatliche Förderung von 41,4 Millionen Euro im Jahr 2003 auf knapp 59 Millionen Euro im Jahr 2006. Im Bereich der Kinderkrippen verdoppeln sich die Ansätze gar von 13,1 Millionen Euro im Jahr 2003 auf 26,4 Millionen Euro 2006. Daneben steigen auch die Ansätze für die Kindergärten, obwohl dort bereits faktisch eine Vollversorgung erreicht ist, von 432,9 Millionen Euro (2003) auf 483,6 Millionen Euro im Jahr 2006“, teilte Stewens mit. An diesem Bild werde sich auch nach 2006 nichts ändern. „Der Basiswert, auf dem die neue kindbezogene Förderung aufbaut, wird auf der Grundlage der tariflichen Entwicklung fortgeschrieben - und hängt insbesondere nicht von der Anzahl der betreuten Kinder ab. Anders ge-

wendet: für mehr Kinder zahlt der Staat auch mehr“, betonte die Ministerin.

Sonderförderung

Stewens: „Im Übrigen ist für Kindertageseinrichtungen, die das einzige Angebot vor Ort darstellen und von weniger als 22 Kindern besucht werden, im Gesetzentwurf (Art. 24) eine Sonderförderung vorgesehen. Der Erhalt von Kindertageseinrichtungen im ländlichen Raum ist damit abgesichert. Kindergärten wären auf der Grundlage der jetzigen Finanzierungsregelung durch die rückläufigen Kinderzahlen in ihrem Bestand gefährdet. Die Sonderförderung im Rahmen des BayKiBiG steuert hier wirkungsvoll dagegen. Das BayKiBiG provoziert also nicht eine Schließung von Einrichtungen, sondern tut angesichts der Rahmenbedingungen alles für deren Erhalt!“

„Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) ist eines der modernsten Gesetze zur Kinderbetreuung in Deutschland und ein echtes Investitions- und Qualitätsprogramm, bei dem das Wohl des Kindes im Mittelpunkt steht“, stellte die Ministerin fest.

Schwamm und Eimer für Schmierfinken**Gemeindetag begrüßt beabsichtigtes Gesetz zur Bestrafung von Graffiti-Sprayern**

Bayerns Kommunen sind froh, dass sich die rot-grüne Regierungskoalition in Berlin endlich auf eine Änderung des Sachbeschädigungs-Paragrafen verständigt hat, um Graffiti-Sprayer künftig leichter bestrafen zu können. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Endlich ist der Widerstand vieler grüner Bundestagsabgeordneter gebrochen worden, die die Schmierereien im öffentlichen Raum als Kunst verteidigt haben. Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger empfindet die Schmierereien insbesondere an öffentlichen Gebäuden seit jeher als Sachbeschädigung. Eine Gemeinde, die Graffiti duldet, muss sich schnell den Vorwurf der Nachlässigkeit und Verwahrlosung gefallen lassen.“

Mit hohem finanziellen Aufwand müssen die Schmierereien entfernt werden - um oft wenige Tage später erneut an den Wänden zu prangen. Eine Strafbarkeit dieser Schmierereien wird sicher manchen davon abbringen, weiter sein Unwesen zu Lasten der Steuerzahler zu treiben.“ Brandl regte an, dass zur Wiedergutmachung und als wirksame Abschreckung vor weiteren Aktionen die zumeist jugendlichen Täter mit Schwamm und Eimer ihre eigenen Schmierereien entfernen sollten. Auf diese Weise könnte ein nachhaltiger erzieherischer Effekt erzielt werden.

Rund 250 Millionen Euro Schaden entstehen jährlich der deutschen Volkswirtschaft durch illegale Schmierereien an Gebäuden, Fahrzeugen und öffentlichen Einrichtungen.

Kommunen protestieren ...

(Fortsetzung von Seite 1) Hans Jörg Duppré das Vorhaben. Beide forderten den Minister auf, sein Konzept umgehend fallen zu lassen.

Dass eine Erhöhung der Gewerbesteuerumlage die Städte und Gemeinden weiter in die Schuldenfalle treiben würde, befürchtet auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DSiGB).

Ziele des Job-Gipfels

„Eine Erhöhung der Umlage um rund eine Mrd. Euro würde die kommunale Finanzsituation deutlich verschlechtern - und die kommunalen Investitionen würden noch weiter zurückgehen“, sagte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Verbandes, Dr. Gerd Landsberg. „Die kommunalen Investitionen sind aber dringend notwendig, um die Konjunktur wieder zu beleben und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage steht damit den Zielen des Job-Gipfels diametral entgegen“, so Landsberg.

Eichels Vorschlag kontraproduktiv

Als „nicht belastbar, zu optimistisch oder wachstumspolitisch kontraproduktiv“ bezeichnete inzwischen Bayerns Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthaus die Eichelschen Überlegungen. In einem Schreiben, das der Bayerischen Gemeindezeitung vorliegt, erinnert Falthaus an die Zusicherungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder während des Jobgipfels, dass die

Steuererleichterungen keinesfalls „auf Pump“ erfolgen könnten. Die Prüfungen am Odeonsplatz zeigten nunmehr, dass Eichels Optimismus weit überzogen sei. „Einen Finanzierungsbeitrag der 'Reparaturierung von Gewinnen' in Höhe von 3,3 Mrd. Euro im Erstjahr einzuplanen, halten wir für unrealistisch. Die Hälfte des Entlastungsvolumens im Ergebnis über virtuelle Einnahmen zu finanzieren, erscheint uns nicht seriös“, schreibt Bayerns oberster Kassenwart. Die „Umverteilung des Gewerbesteueraufkommens zu Gunsten des Bundes“ hält Falthaus für eine der Maßnahmen, die Bayern nicht mittragen wird. Damit würden den Kommunen durch die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage reale Einkommen entzogen, die bei Städten und Gemeinden sofort wirken.

Rechnen mit der Hoffnung

Die Mehreinnahmen aus den gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen beruhen dagegen auf Hoffnungen, sind also lediglich „virtuell“, kritisiert Falthaus. Als Beweis zitiert er Ausführungen aus dem Referat V A 3 des Bundesfinanzministeriums, die ihm ausgehändigt worden seien. „Sie können doch nicht im Ernst Einnahmehoffnungen mit unausweichlichen Mehrbelastungen gegenrechnen! Ein solches Ansinnen müssen die Kommunen als Kampfansage empfinden“, schreibt der CSU-Politiker.

Die Investitionen der Kommunen waren im Jahr 2004 nach jüngst veröffentlichten Zahlen

auf ein Rekordtief von knapp 20 Mrd. Euro gefallen. Dies stellt einen Rückgang von über 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1992 dar, als sie noch 32,5 Mrd. Euro betrugen.

Minimalergebnis

Die Gewerbesteuer ist eine kommunale Steuer, von der die Kommunen über die Gewerbesteuerumlage derzeit 19 Prozentpunkte an Bund und Länder abführen. Die Senkung der Gewerbesteuerumlage um 10 Punkte im Jahr 2004 und um einen weiteren Prozentpunkt im Jahr 2005 war das Ergebnis eines Kompromisses im Rahmen der ansonsten gescheiterten Gemeindefinanzreform des Jahres 2003. Mit diesem „Minimalergebnis“ sollten die hoch verschuldeten kommunalen Haushalte entlastet werden.

Trotz dieser Entlastung betrug das Defizit der kommunalen Haushalte im Jahr 2004 rund 3,8 Mrd. Euro, im laufenden Jahr rechnet der Deutsche Städte- und Gemeindebund mit einem Anstieg des Defizits auf 7 Mrd. Euro. Mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Umlage und den dadurch bewirkten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer würde sich das Haushaltsdefizit noch weiter erhöhen.

Die Grünen unterstützen die Städte und Gemeinden. „Wir teilen die Bedenken und haben an dieser Stelle erheblichen Gesprächsbedarf mit dem Finanzministerium“, sagte die kommunalpolitische Sprecherin Kerstin Andrae.

Bayerns Elektrizitätswirtschaft zieht Bilanz:

Tendenziell höhere Strompreise

Kritik an zuviel Bürokratie, Dirigismus und Subvention alternativer Energien
Zahl der Arbeitsplätze nimmt wieder zu

In Bayern drohen tendenziell höhere Strompreise. Dies einmal wegen der steigenden Preise für Energie-Rohstoffe wie Erdöl, Erdgas und Kohle, vor allem aber auch wegen der seit Jahren zunehmenden bürokratischen Auflagen für die Netzbetreiber. Auf diese Sachverhalte wies mit Nachdruck der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) bei seiner Jahrespressekonferenz in München hin. Er fordert von der Politik transparentere und effizientere Regelungen. Zugleich wandte sich der Verband gegen den Vorwurf, die Branche habe die Strompreise übermäßig in die Höhe getrieben. Positive Nachricht: Die Investitionstätigkeit hat sich seit 2001 stabilisiert, der von der Liberalisierung ausgelöste starke Personalabbau ist beendet. Die Zahl der Arbeitsplätze steigt wieder leicht an.

Zwar haben viele Stromversorger Anfang 2005 wegen gestiegener Beschaffungspreise ihre Strompreise erhöht. Aber dennoch liegen nach VBEW-Mitteilung die Strompreise für Tarifkunden (ohne Steuern und Abgaben) um mehr als 10 Prozent unter dem Preis von 1998, für Industriekunden gar um 25 Prozent.

Politische Kosten

Dass dennoch letztlich für die Kunden die Stromrechnung höher ausfällt, liege an den staatlichen Abgaben, die die Stromversorgung verteuerten. Diese politischen Kosten, der sogenannte Staatsanteil, sind von 1998 bis 2005 von 25 auf 40 Prozent gestiegen. Da die Staatslast weiter zunehmen werde, dürften auch die Strompreise weiter steigen. Heftige Kritik übte der Verband am Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und am Erneuerbaren-Energie-Gesetz (EEG).

Durch den erwähnten Anstieg der politischen Kosten von 25

auf 40 Prozent ist die Belastung der Stromkunden in Deutschland von 2 Mrd. Euro in 1998 auf mehr als 11 Mrd. Euro in 2004 gestiegen. Und allein durch die letztlich von den Stromkunden zu finanzierende Förderung nach dem EEG wird die Belastung von derzeit 3,3 Mrd. auf mehr als 5 Mrd. Euro bis 2008 steigen.

Hinzu kommen, so VBEW-Vorstandsvorsitzender Herbert Dombrowsky, in der Jahrespressekonferenz des Verbandes, indirekte Subventionierungskosten, die sich in Netzentgelten niederschlagen, wie etwa die Kosten für die Beschaffung von Regel- und Reserveenergien zum Ausgleich für die stark schwankende Einspeisung z.B. von Windenergie, aber auch die Aufwendungen für Netzausbau und Netzverstärkung.

Zunehmende Bürokratie

Preistreibend wirke auch die zunehmende Bürokratie, etwa durch den neu eingeführten

Emissionshandel. Vor allem aber werden die Verteuerung der Energierohstoffe genannt. So seien von 1998 bis 2004 der Preis für Heizöl um 79 und der für Benzin um 36 Prozent gestiegen. Allein von Mai 2003 bis Juli 2004 habe sich der Kohlepreis mehr als verdoppelt. Demgegenüber sei die Preissteigerung bei Strom um 6 Prozent von 1998 bis 2004 als moderat zu bezeichnen.

Vor diesem Hintergrund sei es Zeit für eine Versachlichung der Strompreis-Diskussion, sagte Peter Deml, stellvertretender VBEW-Vorstandsvorsitzender. In einer Modellrechnung (Drei-Personen-Haushalt, Verbrauch 3500 kWh/Jahr) wurde demonstriert, dass sich für die Familie die reinen Stromkosten je Monat von 36,6 Euro im Jahr 1998 über minimal 28,7 Euro im Jahr 2000 auf 32,7 Euro im Jahr 2005 verringert haben. Berücksichtige man aber Mehrwertsteuer, Konzessionsabgabe, Stromsteuer sowie die Abgaben nach dem KWKG-Gesetz (Kraft-Wärme-Kopplung) und EEG-Gesetz, was alles auf die Strompreise aufgeschlagen wird, sind die monatlichen Stromkosten von 48,4 über 44,8 auf jetzt 53,6 Euro gestiegen.

Der Stromverbrauch in Bayern hat im Berichtsjahr 2004 wegen der schwachen Konjunktur, der steigenden Effizienz von Elektrogeräten und der industriellen Produktion nur geringfügig um 0,7 Prozent auf knapp

79000 Mio. kWh zugenommen, obwohl der Anteil der „Edelenergie“ Strom am Energieverbrauch ständig zulegt, so von 5 Prozent im Jahr 1950 auf heute fast 20 Prozent. In Bayern, das den höchsten Atomstrom-Anteil in Deutschland hat, stammten im vergangenen Jahr 68,4 Prozent des erzeugten Stroms aus Kernkraftwerken, 16,8 Prozent steuerte die Wasserkraft zu, 7,7 Prozent des Stroms wurden mit Steinkohle erzeugt und 5,5 Prozent mit Erdgas. Die Stromerzeugung aus Biomasse erreichte ein Prozent, die aus Photovoltaik-Anlagen gerade mal 0,2 Prozent. Durch die Stromerzeugung aus Kernenergie und Wasserkraft wurden fast 90 Prozent des Stroms in Bayern CO₂-frei erzeugt.

Erneuerbare Energien

20 Prozent der gesamten bayerischen Stromerzeugung stammten aus erneuerbaren Energien. Dazu haben beigetragen die Wasserkraft als wichtigste Quelle mit 92 Prozent, Biomasse mit 4,9, Windenergie mit 1,6, Photovoltaik mit 1,2 und Deponiegas mit 0,5 Prozent. Stark zugelegt haben Biomasse und Photovoltaik.

Mit dem Bau von sieben größeren Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWKG-Anlagen) hat Bayern eine Vorreiterrolle in Deutschland übernommen. Solche Investitionen lohnen sich besonders in Stadtgebieten mit hoher Versorgungsdichte, heißt es dazu beim VBEW. In Bayern gibt es insgesamt rund 2600 KWKG-Anlagen mit einer elektrischen Leistung von 3000 MW. Die KWKG-Technik dient dem Klimaschutz, indem sie den CO₂-Ausstoß ver-


Festhalten an Ölpreisbindung

Stellungnahme der Thüga Aktiengesellschaft zur Verfahrenseinstellung des Bundeskartellamtes

„Das Bundeskartellamt hat das im Dezember 2004 eröffnete Verfahren zur kartellrechtlichen Prüfung der Erdgaspreise für Haushalts- und Gewerbe- sowie Vollversorgungskunden der Thüga Aktiengesellschaft Erdgas Allgäu-Oberschwaben eingestellt“ heißt es in einer Pressemitteilung des Unternehmens.

Die zum 1. November 2004 durchgeführte Preiserhöhung sei gerechtfertigt durch eigene Kostenbelastungen wegen Bezugspreissteigerungen im laufenden Gaswirtschaftsjahr. Deshalb könne die Preiserhöhung auch nicht zurückgenommen werden. Gleichzeitig versicherte das Unternehmen, dass das Preisniveau zum 30. Juni 2005 Bestand habe.

Zugesagt wurde außerdem, dass die Thüga Erdgas Allgäu-Oberschwaben bis spätestens zum 1. Oktober 2005 ein begrenztes Kontingent an Erdgas für ein Preisprodukt zur Verfügung stellen wird. Dieses gewähre interessierten Kunden Preiskonstanz für ein Jahr. Zum Einführungszeitpunkt wird es 0,1 ct./kWh unter den dann gültigen Standardpreisen der Thüga Erdgas Allgäu-Oberschwaben liegen und den möglichen Entwicklungen der Erdgas-Standardpreise im Vertragszeitraum - nach oben wie nach unten - nicht folgen.

Ein solches Festpreisangebot sei am Markt üblich und wurde von Thüga auch schon früher unterbreitet. Mit dieser Offerte rücke man jedoch keineswegs von der Ölpreisbindung ab. Sie garantiere Versorgungssicherheit und marktgerechte Preise. Deshalb sei sie vor allem aus Sicht der Kunden sinnvoll. 

ringern. KWKG-Anlagen werden staatlich gefördert, degressiv und zeitlich begrenzt.

Emissionsrechte

Der CO₂-Verminderung dient auch, dass seit Januar dieses Jahres Stromerzeugungs- und Industriebetriebe für ihren CO₂-Ausstoß Emissionsrechte benötigen, die selbst genutzt oder EU-weit gehandelt werden können. Partiiell dürfte der Kauf solcher Rechte die Stromerzeugung spürbar verteuern, insbesondere, wenn die Kernkraftwerke ersetzt werden müssen.

Unzufrieden ist die Branche mit der anstehenden Novellie-

rung des EnWG sieben Jahre nach der Liberalisierung des Strommarktes. Eine Regulierungsbehörde soll den „diskriminierungsfreien“ Netzzugang und angemessene Netzentgelte überwachen. Diese Vorgänge waren bisher durch eine freiwillige Verbändevereinbarung abgesichert. Schon bisher, so die Branchensprecher, hätten die deutschen Netzentgelte einem europäischen Vergleich durchaus standhalten können.

Die Stromerzeuger befürchten durch die Novellierung des EnWG mehr Bürokratie und Dirigismus und letztlich höhere Kosten, vor allem durch neue (Fortsetzung auf Seite 6)

Regenerative Energien in Bayern:

Geothermie auf dem Vormarsch

Wiesheu und Schnappauf stellen Atlas zur Nutzung der tiefen und oberflächennahen Erdwärme vor

Bayern baut seine Führung bei den regenerativen Energien weiter aus. Die Geothermie nimmt dabei eine wachsende Bedeutung ein. „Mit rund zwei Drittel der insgesamt in Deutschland erschlossenen Geothermieleistung ist Bayern schon heute bundesweit Spitzenreiter“, betonten Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu und Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf bei der Einweihung der Geothermieanlage in Unterschleißheim.

Diese Position solle zukünftig weiter ausgebaut werden, erklärten die Minister. Ein wichtiger Schritt dazu seien der neue Geothermieatlas und die bis Ende 2005 fertiggestellten Karten zur oberflächennahen Geothermie.

Unentbehrliche Grundlage

Der neu erstellte Geothermieatlas Bayern zeige auf, so Wiesheu, wo im Freistaat die günstigsten Verhältnisse für ein tiefegeothermisches Projekt vorliegen, mit welchen Bohrtiefen jeweils gerechnet werden muss und welche Temperaturen erzielbar sind. Dieser Atlas sei für Unternehmen, Kommunen und Zweckverbände, die in die geothermische Erschließung investieren wollen, eine unentbehrliche Grundlage. Wiesheu: „Wir haben sehr gute geologische Voraussetzungen für die Geothermie. Diese wollen wir nutzen. Der Atlas wird dazu ein wichtiges Instrument sein.“

Eine interessante Alternative für die konventionelle Gebäudeheizung und -klimatisierung sei,

so Schnappauf, für ganz Bayern die Nutzung der oberflächennahen Geothermie über Erdwärmesonden, -kollektoren oder Grundwasserwärmepumpen.

„Oberflächennahe Geothermie ist eine Energiequelle mit Zukunft: Sie spart fossile Brennstoffe und reduziert dadurch den Ausstoß des klimaschädlichen CO₂. Dadurch kann Jedermann aktiv zum Klimaschutz beitragen“, so der Umweltminister.

Klimaschutzziel

Schnappauf wies auf die Bedeutung des Projektes zum Erreichen des bayerischen Klimaschutzzieles, der Minderung des CO₂-Ausstoßes in Bayern von 92 Mio. Tonnen (1998) auf 80 Mio. Tonnen im Jahr 2010 hin. „Heizen und Kühlen mit Erdwärme ist eine echte Alternative für jeden Hausbauer“, so der Minister. Der Geothermieatlas Bayern kann bezogen werden über das Bayerische Wirtschaftsministerium: Tel.: 089/2162-2303, Fax: 2162-3326 oder eMail: www.stmwivt.bayern.de.

Tendenziell höhere Strom ...

(Fortsetzung von Seite 5) Rechnungslegungsvorschriften und umfangreiche Berichts- und Dokumentationspflichten. Die Stromkennzeichnungspflicht (Aus welchen Quellen stammt der Strom?) drohe in Deutschland übers Ziel hinauszuschießen. Die zahlreichen Auflagen könnte eine neue Konzentrationswelle in der Stromwirtschaft auslösen.

Investitionshindernis

Befürchtet wird Rechtsunsicherheit durch mangelnde gesetzliche Vorgaben. Dass der Novellierungsentwurf der Regulierungsbehörde freie Hand lasse bei der Festlegung der Netze, führe zu Unsicherheit und stelle ein Investitionshindernis dar.

Kritisiert wird auch die Finanzierung der Regulierungsbehörde durch Beiträge der Netzbetreiber, weil jeglicher Effizienz-Anreiz fehle. Gefordert wird die Anrechnung der Körperschaftsteuer als Kostenfaktor. Ungeheure Vorgaben sehen die Stromerzeuger in der neuen Regelung, dass Messung und Zählung nicht mehr nur den Netzbetreibern obliegen, sondern auch von einem anderen Anbieter durchgeführt werden dürfen. „Wer sorgt für die Homogenität der Daten, was passiert, wenn etwas schief läuft?“, fragt die Branche. Die Netzbetreiber fordern von der Bundesregierung verlässliche Rahmenbedingungen. Immensen Verwaltungs- und Kostenaufwand sieht die Branche auch im EEG. Habe es in der alten Regelung 9 Grundvergütungen gegeben, seien es derzeit 55 und durch die Vergütungsdegression in 20 Jahren knapp 1000 Vergütungsklassen.

Im Jahr 2004 wurden, ausgelöst durch die staatliche Förderung, in Bayern fast 16.000 Photovoltaikanlagen, rund 120 Biomasse-Anlagen, 23 Windkraft-Anlagen und knapp 60 kleine Wasserwerke errichtet. Dennoch konnte der Strom aus Sonne,

Wind und Biomasse den Stromverbrauch im Freistaat nur zu 1,6 Prozent decken. Doch die Förderung nach dem EEG („Gießkannenprinzip“) hat 2004 die Stromverbraucher in Bayern rund 300 Mio. Euro gekostet, bundesweit sogar mehr als 2 Mrd. Euro.

Besonderes Ärgernis

Als besonders ärgerlich empfinden die Stromerzeuger, dass sie, wenn ein Betreiber eine Anlage für erneuerbare Energie bei sich errichtet, den erforderlichen Anschluss erstellen und bezahlen müssen, um den Strom ins Netz einspeisen zu können, ohne dass die Netzausbaukosten in den bundesweiten Belastungsausgleich zwischen allen Wettbewerbern einfließen. Deshalb fordern die Stromerzeuger, Standortentscheidungen für Anlagen nach dem EEG primär an der Netz- und Kraftwerksstruktur zu orientieren.

EEG macht Strom teuer

In diesem Zusammenhang wendet sich die Branche gegen die Behauptung, durch die Vergütungsdegression fielen die Kosten für EEG-Strom mittel- und langfristig. Durch den starken Zubau von EEG-Anlagen erhöhe sich nämlich die abzunehmende Quote an EEG-Strom. Dies aber kompensiere den Degressioneffekt. Außerdem greife die Vergütungsdegression im neuen EEG nur bei Neuanlagen, nicht aber beim Altbestand. So, wie es jetzt praktiziert werde, führe die Förderung der erneuerbaren Energien unausweichlich zu höheren Strompreisen.

Und schließlich seien die Stromerzeuger eine Gefahr in der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie, wie sie zur Zeit in Bayern umgesetzt wird. Werde hier kein Augenmaß bewahrt, sondern mit „deutscher Gründlichkeit“ vorgegangen, sei der wirtschaftliche Betrieb zahlreicher Wasserwerke in Bayern gefährdet. **dkg**

Wiesheu zur Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes:

Zu wenig Wettbewerb und zu viel Bürokratie

München „Um ein Vermittlungsverfahren kommen wir bei der Energierechtsreform nicht herum“, meint Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu zur im Bundestag verabschiedeten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes. „Das rot-grüne Gesetz bringt zuwenig Wettbewerb und zuviel Bürokratie.“

Zwar sei die Energierechtsnovelle ein Fortschritt gegenüber dem früheren Entwurf. So habe der Bund die Forderung der Länder aufgegriffen, möglichst rasch eine Anreizregulierung einzuführen. Es blieben aber gravierende Mängel:

➤ Nach wie vor sehe das Gesetz keine Beteiligung der Länder an der Regulierung vor. Die Preis- und Kartellbehörden der Länder würden über eine anerkannt hohe Kompetenz verfügen und könnten besser für einen diskriminierungsfreien und regelgerechten Netzzugang in der Region sorgen als eine riesige, ortsfremde Bundesbehörde.

➤ Die Ausgestaltung der Anreizregulierung - eines Novums in der deutschen Wirtschaftsordnung - dürfe nicht allein der Regulierungsbehörde überlassen werden. Hierfür sei eine Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats unverzichtbar.

➤ Beseitigt werden müssten diejenigen bürokratischen und kostentreibenden Regeln, die für den Wettbewerb keine Vorteile bringen und über die europarechtlichen Anforderungen hinausgehen wie z.B. die Vorschriften zur Entflechtung und zur Stromkennzeichnung. „Unsere mittelständischen und kommunalen Energieversorger, die sich durch Kundennähe und regionale Verwurzelung auszeichnen, dürfen durch das neue Recht nicht in ihrer Existenz gefährdet werden“, so Bayerns Wirtschaftsminister.

Wiesheu: „Nachdem sich die Koalition monatelang für ihre internen Beratungen Zeit gelassen hat, werden sich die Länder jetzt nicht zu Lasten der Qualität dieses wichtigen Gesetzes unter zeitlichen Druck setzen lassen.“

Letzter Kohlezug in Sandreuth entleert

Eine Ära geht zu Ende. Am 5. April 2005 traf der letzte Kohlezug für das Heizkraftwerk auf dem Betriebsgelände in Nürnberg-Sandreuth ein. Der Zug kam aus der Zeche Wierek in Polen. Ein historisches Moment in der über 100-jährigen Geschichte des N-ERGIE Betriebsgeländes Sandreuth. Denn mit der Inbetriebnahme der neuen Gas- und Dampf (GuD) Anlage am Heizkraftwerk Sandreuth wird zukünftig Erdgas zur Strom- und Fernwärmeproduktion eingesetzt.

Dadurch wird der Kohlendioxidausstoß um bis zu 140.000 Tonnen pro Jahr reduziert bei einer gleichzeitigen Verdoppelung der Stromproduktion.

Schienerverkehr seit 104 Jahren in Sandreuth

Mit der Verlagerung des Gaswerkes vom Standort Plärrer auf das jetzige Betriebsgelände Sandreuth wurde die Kraft der Lokomotiven zur Anlieferung der Kohle genutzt. Der Gleisanschluss bestand seit 1901; den Gleisbetrieb führte die Königlich Bayerische Staatsbahn. 1920 übernahm das Gaswerk den gesamten Rangierbetrieb auf dem städtischen Industriegebiet. 1958 verfügte die Rangierabteilung des Gaswerkes über eine Diesellok, zwei Dampfloks, zwei feuerlose Loks sowie eine E-Lok. Mit der Einführung von Erdgas wurden einige Loks stillgelegt. Zum Jahreswechsel 1978/79 übergaben die Städtischen Werke den Rangierbetrieb an die Deutsche Bahn AG. Zwei Jahre gab es keinen Schienen-Werksverkehr in Sandreuth, bis zum 27.11.1980 das neue Kohleentladeleis für das Heizkraftwerk in Betrieb ging.

Kohleverladung

Mit Inbetriebnahme des Heizkraftwerkes Sandreuth im Jahre 1982 wurde in regelmäßigen Abständen Kohle zur Verfeuerung im Heizkraftwerk angeliefert. Zwischen 1.000 und 1.500 Tonnen fassten die Steinkohlezüge, die von der Duisburger Zeche Walsum im Ruhrgebiet, der Zeche Wierek (Polen) oder der Zeche Lazy (Tschechien) kamen.

In 23 Jahren trafen über 2.700 Kohlezüge mit einer Gesamtlänge von 1.335 Kilometern in Sandreuth ein, das entspricht einer Entfernung zwischen Nürnberg und Neapel. Jeder Kohle-

zug hatte 23 Waggons. Jeder fasst zwischen 50 und 64 Tonnen Steinkohle. In den vergangenen 23 Jahren wurden in Nürnberg-Sandreuth rund 3,5 Millionen Tonnen Steinkohle angeliefert, das ergibt eine jährliche Lieferung von rund 150.000 Tonnen.

Über 968.000 Kilometer

Nach dem Eintreffen der Kohlezüge auf dem Betriebsgelände Sandreuth durch die Deutsche Bahn AG kam die firmeneigene N-ERGIE Lok „Friedolin“ zum Einsatz. Seit 1982 zog die 65 Tonnen schwere Lok mit ihren 100 PS den Kohlezug auf der 700 Meter langen Gleisanlage auf dem Betriebsgelände zur Entladestation. Über 16.150 Betriebsstunden oder umgerechnet 968.000 Kilometer war die Lok bisher in Sandreuth im Einsatz - zwanzig Mal hätte sie damit die Erde umrunden können.

24.000 Tonnen in acht Kohlesilos

Sieben Mitarbeiter waren für die Entladung eines Kohlezuges bis zu drei Stunden beschäftigt. Zusätzlich musste in den kalten Wintermonaten die Kohle von jedem einzelnen Waggon vor dem Entladen in einer separaten Halle aufgetaut werden. Nach dem Einfahren wurden die Klappen geöffnet und die 50 Tonnen Steinkohle rutschten auf die Förderbänder zu den acht Kohlesilos, wo sie zwischengelagert wurden. Diese haben ein Fassungsvermögen von insgesamt 24.000 Tonnen, das entspricht dem Kohlebedarf für rund einmonatigen Betrieb.

GuD-Anlage geht im Mai 2005 in Betrieb

Anfang Mai wird die GuD-Anlage ihren Betrieb aufnehmen und die Nürnberger Haushalte mit Fernwärme versorgen. Rund 52.000 Haushalte sind an das Fernwärmenetz angeschlossen. Gleichzeitig steigt die Stromproduktion mit der neuen Anlage von 440 Gigawattstunden (GWh) pro Jahr auf über 940 GWh pro Jahr.



Vorreiter für Umweltschutz und Sparsamkeit

Ein Fahrzeug mit Hybridmotor nutzt der Weilheimer Landrat, GZ-Herausgeber Luitpold Braun. Sein Dienstwagen ist auf umweltfreundliches Erdgas optimiert. Sollte wider Erwarten keine der inzwischen 555 deutschen Erdgastankstellen erreichbar sein, wird auf Benzinverbrauch umgestellt. In Weilheim befindet sich auf dem Betriebsgelände der Regionalverkehr Oberbayern GmbH (RVO) eine Erdgastankstelle, die von der Erdgas Südbayern (ESB) betrieben wird. Sie steht allen Besitzern erdgasbetriebener Fahrzeuge offen. Neben dem PKW des Landrats nutzt die Kreisverwaltungsbehörde inzwischen auch weitere erdgasbetriebene Fahrzeuge. Unser Bild zeigt (v. l.) Landrat Luitpold Braun und Josef Hartl, Leiter des ESB-ServiceCenters.

ESB-Mitteilung zu einem Reizthema:

Feinstaub - kein Thema mit Antriebstechnik Erdgas

Modellvielfalt bei Erdgasfahrzeugen bietet Alternative

Mit Jahresbeginn 2005 sind EU-weit strenge Luftqualitätsziele in Kraft getreten. Sie legen Grenzwerte für den Ausstoß von Feinstaub und Stickoxiden fest. Die Abgase von Dieselfahrzeugen haben erheblichen Anteil an der Belastung. Dies stellt zahlreiche Städte und Ballungsgebiete in Deutschland vor Probleme, da sie meist die neuen Grenzwerte nicht einhalten können. Verkehrsbeschränkungen werden nach Expertenmeinung die drastische Folge sein. Erdgasfahrzeuge wären aufgrund ihres deutlich geringeren Schadstoffausstoßes davon nicht betroffen.

Wer sich für den Treibstoff Erdgas entscheidet, kann den geplanten einschneidenden Maßnahmen wie beispielsweise einem Fahrverbot entgegen. Denn Erdgasfahrzeuge emittieren keine Rußpartikel. Auch der Ausstoß von Kohlenmonoxid, Kohlendioxid und Schwefeldioxid wird deutlich reduziert. Und wer heute auf Erdgasfahrzeuge setzt, ist auch bereits für die nächste Stufe der Luftqualitätsziele gewappnet, denn sie halten bereits die ab 2010 gültigen strengen Grenzwerte für Stickoxide ein. Erdgas ist aber nicht nur eine umweltschonendere, sondern zu dem eine wirtschaftliche Kraftstoffalternative. Im Rahmen der ökologischen Steuerreform ist Erdgas als Kraftstoff bis 2020 mineralölsteuerbegünstigt.

Die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) hat sich schon seit längerer Zeit für den Ausbau ihrer Erdgas-Fahrzeugflotte entschieden. „Es ist für uns selbstverständlich, diese Fahrzeuge einzusetzen. Zusammen mit unseren Mitarbeitern sind wir froh, mit der innovativen Technik eines Vorreiters in puncto Verbesserung der Luftqualität in unseren bayerischen Ländern einzu-

nehmen“, so Werner Bähre, Geschäftsführer der ESB.

Aktiver Umweltschutz und günstiger Kraftstoffpreis

Denn auf eine ausgereifte Fahrzeugtechnik und ein schnell wachsendes Tankstellennetz von mittlerweile über 555 Erdgastankstellen können Erdgasfahrer zwischenzeitlich vertrauen. Im Schnitt wird alle zwei Tage in Deutschland eine neue Erdgaspumpe eröffnet. Zwei unschlagbare Argumente sprechen für die Fahrt mit Erdgas und ergänzen sich optimal: aktiver Umweltschutz und ein günstiger Kraftstoffpreis. Bei einem durchschnittlichen Preis von 0,73 Euro pro Kilogramm Erdgas im Liefergebiet des Erdgasdienstleisters Erdgas Südbayern GmbH (ESB) spart der Verbraucher an der Zapfsäule aufgrund des höheren Energiegehaltes gegenüber Superbenzin rund 50 Prozent. Gegenüber Diesel sind es pro vollem Tank bis zu 35 Prozent. Gegenwärtig sind fast 30.000 mit Erdgas betriebene Fahrzeuge in Deutschland unterwegs - ein Zuwachs von 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Nach dem forcierten Aufbau des Tankstellennetzes (1.000 Tankstellen bis 2007) ist die Versorgung für etwa eine Million Erdgasfahrzeuge gewährleistet.

Förderung durch den Energiedienstleister

Die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) fördert die Anschaffung eines Erdgasautos mit einer Startprämie von 400 Euro. Das heißt: Je nach Fahrzeugtyp kann der Besitzer damit etwa 11.000 Kilometer kostenlos fahren. ESB-Kunden, die sowohl mit Erdgas heizen als auch ein Erdgasfahrzeug fahren, erhalten zudem mit dem Bonusprogramm „Fahr & Spar“ 1.000 Kilometer zusätzlich. Gleichzeitige Förderung durch die Bundesregierung. Weitere Infos zum Förderprogramm unter 089/68003 - 525.

Anschließend wurde die Kohle zu Staub gemahlen und in die Brennkammern der Hochdruckkessel im Heizkraftwerk eingeblasen. Insgesamt 15 Förderbänder waren nötig, um die Strecke zwischen Entladehalle und Heizkraftwerk zu überbrücken.

Region Unterfranken:

Ein Netz für Geodaten

Verwaltungsgemeinschaft Kreuzwertheim steigert Bürgernähe und Effizienz durch Nutzung des GeoService-Portals von E.ON Bayern

Welche Leitungen liegen im Bereich eines Grundstücks, welche Hausnummer bekommt ein Neubau, wo findet die Feuerwehr den nächstgelegenen Hydranten? All diese Geodaten sind in der Verwaltungsgemeinschaft Kreuzwertheim mit den Kommunen Markt Kreuzwertheim, Hasloch und Schollbrunn sofort verfügbar, vor Ort abfragbar und auch noch miteinander verknüpft. Ermöglicht wird dies durch ein innovatives, internetbasierendes GeoService-Portal. Horst Fuhrmann, Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft und Bürgermeister von Kreuzwertheim, und Gerd Bock, Leiter Vertrieb E.ON Bayern AG Regionalleitung Unterfranken, unterzeichneten am 7. April einen Servicevertrag.

E.ON Bayern hat den überwiegenden Teil seines rund 175.000 Kilometer langen Stromverteilungsnetzes samt der dazugehörigen Infrastruktur computergrafisch digital erfasst. Darüber hinaus verfügt das Unternehmen über digitale Grundkarten sowie zusätzliche Planinformationen über das Strassen- und Wegenetz der direkt versorgten Gemeinden.

Synergieeffekte

Was lag da näher, als diesen die Digitalisierung der Pläne für Wasser- oder Gasleitungen und Kanalsysteme anzubieten und in die bereits vorhandenen Kartenwerke einzuarbeiten? Mit einem Geo-Informationssystem (GIS) erweitert E.ON Bayern sein breites Dienstleistungsspektrum und ermöglicht den schnellen und kostengünstigen Aufbau eines gemeinsamen Geodaten-Netzwerkes mit vielfältigen Synergieeffekten. Die Stadtwerke Wertheim unterstützen das GeoService-Portal, indem sie für den von ihnen versorgten Markt Kreuzwertheim die Pläne für Gas, Strom und Straßenbeleuchtung liefern.

Verknüpfung der Daten

„Die digitalen Geodaten werden die Verwaltungsvorgänge in allen Bereichen intensivieren und beschleunigen“, erklärt Karl-Heinz Gerl von E.ON Bayern das Ziel des Portals. „Wir verknüpfen alle vorhandenen Daten: die digitale Flurkarte des Vermessungsamts, das Automatisierte Liegenschaftsbuch, Luftbilder, die Daten des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems ATKIS, das Raumordnungskataster der Regierung, Umweltdaten der Ministerien. Dazu kommen noch die Geodaten der Kommunen wie die Bauleitplanung, der Straßen- und Wegeplan und das Leitungskataster Kanal und Wasser.“ In fünf Phasen soll das GeoService-Portal Stück für Stück entstehen.

Glaube an den Erfolg

Gunter Krohnen, Geschäftsführer der Verwaltungsgemeinschaft Kreuzwertheim, glaubt an den Erfolg des ehrgeizigen Vorhabens. „Für uns war es wichtig, solide Partner zu finden, die das Know how mitbringen - bei der gemeinsamen Lösung unserer beiden lokalen Energiedienstleister E.ON Bayern und Stadtwerke Wertheim passt eigentlich alles. Wir müssen uns nicht mit Softwarebestellungen beschäftigen oder um die Vernetzung der Geodaten kümmern, das wird alles im Hintergrund für uns koordiniert.“

Die Arbeit am System ist schnell gelernt. „Wir mussten uns nur ein bisschen umgewöhnen“, sagt Gudrun Beeger, die für die GIS-Steuerung in Kreuzwertheim verantwortlich ist. „Wenn alles erstmal fertig eingepflegt ist, können wir nicht nur den Bürgern oder

wie dem Bayerischen Landesvermessungsamt oder Ministerien ermöglichen kurze Reaktionszeiten und sparen Kosten.“

Fruchtbare Kooperation

„Im Bereich Technologie und Service arbeiten wir mit namhaften Firmen, Universitäten und Ingenieurbüros zusammen, um für unsere Kunden den nutzenorientierten Weg zur Anwendung von Geodaten zu garantieren“, so Gerl. „Alle Daten sind irgendwo vorhanden. Wir sammeln sie, führen sie zusammen und machen sie verknüpfbar.“

In kürzester Zeit ist es dann

beispielsweise möglich, das Kanalsystem auf einer Flurkarte darzustellen oder mit anderen Daten zusammen auf einem Luftbild.“

Vorteile des Systems

Ein weiterer Vorteil des Systems ist, dass es sich im Internet befindet und mehrere Verwaltungen gleichzeitig damit arbeiten können. Über die integrierte mobile Version können sogar vor Ort Daten abgefragt oder Schadensmeldungen eingetragen werden.

Großes Interesse

Bisher haben sich rund 100 Städte, Gemeinden und Weiterverteilern für dieses Dienstleistungsangebot von E.ON Bayern interessiert, mit ca. 50 Kommunen und Stadtwerken kam es bereits zum Vertragsabschluss. ☞

Erstmalige Verleihung des E.ON Bayern-Umweltpreises

Am 26. Juli verleiht die E.ON Bayern AG erstmals den mit insgesamt 250 000 Euro dotierten E.ON Bayern-Umweltpreis. Der Preis richtet sich an Kommunen, kommunale Einrichtungen, Vereine, Kirchen und Bürgerinitiativen. Beispiele für eingereichte Projekte sind der Bau von Naturbädern mit biologischer Selbstreinigung, Renaturierungsmaßnahmen, Energieeinsparung bei Gebäuderenovierungen oder das Schaffen neuer Lebensräume für die heimische Tierwelt. Bis 30. April 2005 können noch Projekte eingereicht werden.

Der Umweltpreis wird jährlich verliehen und soll der Einführung und Umsetzung innovativer energie- und umweltschonender Projekte dienen. Dabei gehe es um Reduktion des Primärenergieverbrauchs, Verminderung von Schadstoffemissionen, den Schutz natürlicher Ressourcen und um ökologisch orientiertes Bauen. Dr. Peter Deml, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG: „Im Fokus stehen Projekte der Gegenwart und der Zukunft, die ohne Förderung nicht oder nur sehr schwer realisierbar sind.“ Das Preisgeld sei zweckgebunden für die jeweiligen Konzepte und Maßnahmen. Die Gesamtsumme von 250 000 Euro teile sich auf in einen Top-Preis von 50 000 Euro und zehn Preise von je 20 000 Euro. ☞

Bilanzpressekonferenz 2005 der Lechwerke AG:

Der Strom fällt nicht vom Himmel...

Gutes Ergebnis beim Jahresabschluss 2004/ Erfolgreicher Start neuer Unternehmensstruktur / Neuordnung bei Bergbahnen

Augsburg (jdt). Mit der vielversprechenden neuen Unternehmensstruktur, die erfolgreich gestartet werden konnte, einem Effizienzsteigerungsprogramm, und der Neuordnung der Bergbahnen im Allgäu verbunden war der Rückblick der Führungsspitze der Lechwerke AG in der Bilanzpressekonferenz 2005 auf das Jahr 2004. Die Vorstandsmitglieder Paul Waning und Ulrich Kühnl präsentierten in Augsburg für das Vorjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von 53,2 Millionen Euro (im Geschäftsjahr 2003: 50 Millionen Euro) und wachsende Umsatzerlöse von 712 Millionen Euro (2003: 703 Millionen Euro). Vorstand und Aufsichtsrat der Lechwerke schlugen der am 12. Mai 2005 in Augsburg tagenden Hauptversammlung die Ausschüttung einer Dividende je Stückaktie in Höhe von 15 Euro (2003: 14,10 Euro) vor.

Positive Sondereffekte aus Immobilienverkäufen und Verbesserungen im operativen Bereich waren, so wurde verdeutlicht, entscheidend für die Ergebnisverbesserung. Hingewiesen wurde hier auf ein verbessertes Ergebnis in der Wasserkraftproduktion, die Überwindung von Schwächen und Verlusten im Strombeschaffungsprozess und Entlastungen im laufenden Personalaufwand durch das Vorrüchstandsprogramm.

99 Auszubildende

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten die Lechwerke 2004 1360 Mitarbeiter (2003: 1415). Wert wurde auf die Feststellung gelegt, dass die Personalreduzierung sozialverträglich durch Frührentierung flankiert wurde. Mit 99 eigenen Auszubildenden gehören die Lechwerke zu den bedeutendsten Ausbildungsbetrieben in der Region Bayerisch-Schwaben.

Die von den Lechwerken im Geschäftsjahr abgesetzte Strom-

menge erreichte ein Volumen von 7480 Millionen Kilowattstunden (2003: 8622 Millionen).

Gesetzliche Vorgaben

Waning und Kühnl machten darauf aufmerksam, dass die Lechwerke seit dem 1. Januar 2005 in neuen Strukturen arbeiten. Gemäß den gesetzlichen Vorgaben des Unbundlings - die gesellschaftsrechtliche Trennung von Netz und Vertrieb - erfolgte die Veränderung.

Im Jahresabschlussbericht heißt es dazu: „Mit der Neustrukturierung der Lechwerke wurden Transparenz und klare Verantwortung geschaffen, die Voraussetzung für Effizienzsteigerungen. Unter dem Dach der Lechwerke AG als Muttergesellschaft sind die Vertriebssegmente, die Strombeschaffung sowie die Querschnitts- und Steuerungsfunktionen gebündelt. Die Geschäftsfelder Netzbetrieb, Netzservice, Erzeugung und Kundenservice bilden rechtlich selbstständige operative Gesellschaf-

ten innerhalb der LEW-Gruppe.“

Im Jahr 2004 starteten die Lechwerke ein bemerkenswertes Effizienzsteigerungsprogramm mit dem Ziel, die Sachkosten zu senken und die Produktivität zu verbessern. Zum Beispiel sollen in Einkauf und Beschaffung, in der IT und im Netzbereich Sachkosten und Fremdleistungen gesenkt werden. Durch eine konsequente Prozessorientierung und auch Prozessverschlan- kung sowie eine Ausweitung höherwertiger Tätigkeiten erwarten die Lechwerke eine Steigerung der Produktivität. Zu den flankierenden Maßnahmen zählen ein modernes Workforce-Management und eine effizientere Gebäudenutzung.

Regulierung nötig

Die Vorstandsmitglieder Kühnl und Waning hoben hervor, dass mit der Neustrukturierung und dem Effizienzprogramm die Lechwerke aktiv auf das rechtliche Unbundling und den künftigen Regulierungsprozess eingestellt werden: „Die Energiewirtschaft braucht eine Regulierung, die über eine marktgerechte Verzinsung auch zukünftig Investitionen in unsere Netze und damit in unsere Versorgungssicherheit möglich macht. Wichtig ist, dass Anreizregulierung nicht nach der 'trial & error-Methode' eingeführt wird, sondern methodisch fair und nachvollziehbar ist und in einer Verankerung verankert wird.“

Es wurde darauf hingewiesen,

dass auch die Wasserkraftanlagen in ihrer Wirtschaftlichkeit stark von öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen abhängig sind. Risiken einer zusätzlichen Kostenbelastung, die die Wirtschaftlichkeit einzelner Anlagen in Frage stellen können, werden insbesondere in der EU-Wasser- rahmenrichtlinie gesehen. Bei der Umsetzung der Richtlinie sei, so wurde betont, ein Abwägen zwischen ökologischen und energiewirtschaftlichen Zielsetzungen nötig.

Externe Kosten weitergeben

Herausgestellt wurde, dass die Lechwerke mit der Strompreiserhöhung zum 1. Januar 2005 ausschließlich externe Kosten weitergegeben hätten, zum einen die gestiegenen Kosten der Strombeschaffung, in denen sich die Primärenergiepreis- vertuerung widerspiegeln. Preis- treibend wirkten sich zum anderen staatliche Zusatzbelastungen aus der Novellierung des Energieeinspeisegesetzes aus.

Im Marketing setzen die LEW auch künftig einen Schwerpunkt in der Stärkung der Kundenberatung und Kundenbindung, mit dem weiteren Ausbau des easy-living Konzeptes mit Kundenkarte, online Newsletter und Kundenzeitung. Neu entwickelt wurde von LEW ein Schulkonzept, das flächendeckend im Netzgebiet Schüler, Lehrer und Studenten erreichen soll.

Die Repräsentanten der Lechwerke zeigten sich überzeugt davon, dass ein stärkeres Miteinander der regionalen Energieerzeuger „auf Dauer unabdingbar und zudem zu positiven wirtschaftspolitischen Impulsen in Bayerisch-Schwaben führen wird“.

„Der Strom fällt nicht vom Himmel“, betonte Vorstands-

Lechwerke:

Bauherren-Infoabend

Einen Bauherren-Infoabend vor Ort boten die Gemeinde Wolfertschwenden und die Lechwerke (LEW) rund um die Themen energiebewusstes Bauen und Renovieren an. Energieexperte Herbert Gugler von den Lechwerken zeigte in seinem Vortrag, wie „Zukunftsfähiges Bauen - neue Maßstäbe für's Dämmen, Heizen und Lüften“ setzt. Seine Kollegin Brigitte Blattner erklärte, wie man sich „die Sonne ins Haus holt - Sonnenkollektoren (zur Warmwasserbereitung), Photovoltaik (direkte Umwandlung von Sonnenlicht in Strom) und Wärmepumpen (zur Gebäudebeheizung)“. Und LEW-Fachmann Robert Hörmann zeigte auf, wie das mit der „Stromversorgung Ihres Hauses - schlauer bauen mit dem Mehrsparten-Hausanschluss (nur ein Mauerdurchstich für die Strom-, Gas-, Wasser-, Telefon-, TV-Leitungen)“ funktioniert. Als Gastreferentin zum „zukunftssicheren Renovieren“ konnte Dipl.-Ing. (FH) Heidi Schön, eza-Energieberaterin der Gemeinde Wolfertschwenden, gewonnen werden.

Energie-Einsparverordnung

Hintergrund für den Bauherren-Infoserviceabend waren die aktuellen bzw. absehbaren gesetzlichen Auswirkungen der neuen Energie-Einsparverordnung. Sie verpflichtet Bauherren, Renovierer sowie Haus- und Wohnungsbesitzer den Energieverbrauch von renovierten Immobilien oder Neubauten um 30 Prozent zu senken. Deshalb ist absehbar, dass zumindest das Niedrigenergiehaus den Standard der Zukunft darstellt.



Ein positives Jahresergebnis 2004 präsentierten die Vorstandsmitglieder Paul Waning (links) und Ulrich Kühnl bei der Bilanzpressekonferenz 2005 der Lechwerke AG.

mitglied Waning und machte auf die sehr unterschiedlichen Anteile der Energieträger an der deutschen Stromversorgung aufmerksam.

Kernkraft vor Braunkohle

Die Kernenergie (30 Prozent) führt vor der Braunkohle (28 Prozent), mit stabilisierenden Auswirkungen, vor der Steinkohle (24 Prozent), die zu mehr als der Hälfte importiert wird. Dann folgen Erdgas (7 Prozent), Wasser (fünf), Wind (vier) und „Sonstige“ (zwei Prozent). Bei der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH sind jetzt die gesamten Erzeugungsaktivitäten der Lechwerke gebündelt. Über zehn Prozent des verkauften Stroms erzeugen die Lechwerke selbst in 32 Wasserkraftanlagen an Donau, Günz, Iller, Lech und Wertach.

Kritisch beleuchtet wurden in der Diskussion mit der Presse die zunehmenden Schäden an Wasserdämmen durch die Un-

terhöhung der Schutzbauten durch Aktivitäten der Biber. Deren Population bereite Sorgen, mit den deutlich stärker werdenden Kostenbelastungen für die LEW zur Beseitigung von Untergrabungen.

Marketingpartnerschaft

Positiv eingestuft wurde, dass die Lechwerke Mitte Februar 2005 ihre 100-Prozent-Beteiligung an der Oberstdorfer Fellhornbahn GmbH und einen 26-prozentigen Anteil an der Oberstdorfer Nebelhornbahn AG an die Kleinwalsertaler Bergbahn AG verkauft haben.

Mit einer Beteiligung von 26,97 Prozent bleiben die Lechwerke größter Anteilseigner an der Nebelhornbahn. Die LEW setzen ihre Marketingpartnerschaft mit den Bergbahnen (zum Beispiel easy-living Kundenkarte) jedoch fort und wollen diese Aktivitäten weiter ausbauen.



Die zwei 160 Meter hohen Kühltürme prägen das Bild der Gundremminger Kernkraftwerke.

Kraftwerksgespräch in Gundremmingen

Das jährliche Kraftwerksgespräch ist in Gundremmingen zur Tradition geworden. Etwa 180 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Bildung, Gesundheitswesen, Kirche, öffentlicher Dienst und Presse erfuhren von einem sicherheitstechnisch einwandfreien und wirtschaftlichen Betrieb der Blöcke B und C. Auch beim 20. Treffen gab es als Zugabe einen externen Vortrag. Diesmal von Prof. Dr. Ing. Helmut Alt von der Fachhochschule Aachen. Sein Thema: „Entwicklungen im liberalisierten Strommarkt - technische und wirtschaftliche Aspekte verschiedener Energieoptionen“.

Die Blöcke B und C der Gundremminger Kernkraftwerk GmbH produzierten 2004 zusammen 19,7 Milliarden Kilowattstunden Strom. Dies entspricht etwa einem Drittel des bayerischen Strombedarfs. Damit hat das Kraftwerk seit seiner Inbetriebnahme im Jahr 1984 rund 380 Milliarden Kilowattstunden erzeugt. Die bisher produzierte Strommenge würde ausreichen, um alle 38,5 Millionen Haushalte in Deutschland für mehr als zweieinhalb Jahre zu versorgen.

Durch den Betrieb des Kernkraftwerkes wurden im vergangenen Jahr der Umwelt ca. 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) erspart. Um die gleiche CO₂-Vermeidung auf andere Weise zu erreichen, dürfte man ca. 40 Millionen Pkw, was ungefähr dem Bestand in Deutschland entspricht, ein Viertel Jahr lang nicht betreiben.

Die Rückbauarbeiten in Block

A laufen ebenfalls planmäßig, berichtet stolz der neue Geschäftsführer Dr.-Ing. Helmut Bläsig. Aktuell wird derzeit das „biologische Schild“ zerlegt. Dieser massive Betonzylinder ist die letzte abzubauenende Großkomponente im stillgelegten Block A. Er war um den Reaktor angeordnet und wiegt etwa 280.000 kg. Ziel ist, nach Entfernung der noch vorhandenen Kontaminationen, auch das Reaktorgebäude abzureissen.

Für rund 760 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden am Kraftwerksstandort Gundremmingen hoch qualifizierte Arbeitsplätze geboten. Weitere 240 Mitarbeiter von Fremdfirmen sind über das ganze Jahr beschäftigt. Durch bewusste Auftragssteuerung fließen jährlich rund 28 Mio. Euro in den näheren Umkreis. Am Standort selbst beträgt das Auftragsvolumen davon 24 Mio. Euro.



Den offiziellen Auftakt des 2. ESB-Grundschulwettbewerbs geben Kindermoderator Willi Weitzel und die ESB-Geschäftsführer Werner Bähre (re.) und Dieter Rathsam (li.) im Kreise von Grundschulkindern. Auch der frisch-getaufte ESB-Hase Paulchen ist mit von der Partie.

Photovoltaische Solarenergie:

Bilanz und Ausblick

Symposium des Ostbayerischen Technologie-Transfer-Instituts (OTTI) zeigte Verbesserungspotenziale auf

Industrie, Forschung und Anwender trafen sich im Kloster Banz in Bad Staffelstein zur bedeutendsten deutschsprachigen Photovoltaik-Tagung, die vom Ostbayerischen Technologie-Transfer-Institut (OTTI) e.V., Regensburg, unter der wissenschaftlichen Leitung des Instituts für Solare Energieversorgungstechnik e. V. (ISET), Freiburg, veranstaltet wurde. Insgesamt nahmen über 600 Gäste an dem Symposium teil, wobei über 10 Prozent aus dem Ausland anreisten.

Die boomende Photovoltaikbranche gibt Anlass für optimistische Prognosen. Gleichzeitig verschärft sich der internationale Wettbewerb. Seit Januar 2004 gilt für Deutschland im Rahmen der Novellierung des Erneuerbare Energiengesetzes EEG ein PV-Vorschaltgesetz mit erhöhten Vergütungssätzen für Solarstrom. Es gewährleistet der Photovoltaikindustrie eine kontinuierliche und stabile Marktentwicklung, die sie in der Vergangenheit nicht immer hatte.

Schnellerer Transfer

Zur industriepolitischen Bedeutung des PV-Vorschaltgesetzes kommt die von Umweltminister Trittin zu Beginn des Jahres angekündigte Absicht, den Ausbau der Photovoltaik durch Forschungsförderung auf hohem Niveau zu flankieren. Ziel der Bundesregierung ist ein schnellerer Transfer der PV-Solarstrom-Technologien von der Grundlagenforschung über die anwendungsorientierte Forschung hin zur Marktreife. Deutschland soll eine internationale Spitzenstellung in der photovoltaischen Solarstromproduktion einnehmen. Derzeit liegt es noch an zweiter Stelle nach Japan und vor den USA.

Erwartetes Marktwachstum

In Deutschland selbst hat sich seit 1997 der Marktzuwachs verzehnfacht, gemessen an der jährlich installierten PV-Solarstromleistung. Für 2004 wird ein Marktwachstum von 50 Prozent erwartet. Weltweit hat sich die PV-Solarstromindustrie von rund 100 Megawatt im Jahr 1997 auf geschätzte 600 Megawatt im vergangenen Jahr entwickelt.

Um die Innovationskraft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Photovoltaik-Industrie zu erhöhen, ist insbesondere eine schnelle Kostenreduktion notwendig, so der Tenor. Eine Reduzierung des Materialeinsatzes sowie höhere Wirkungsgrade und Produktivitätssteigerungen in den industriellen Prozessen sind der Weg dahin. Dies gilt nicht nur für die Solarzellenherstellung und für die Modultechnologien, sondern auch für die Systemtechnik. Hier konnte in den vergangenen Jahren durch konsequente Weiterentwicklung eine Kostensenkung bei Systemkomponenten wie Wechselrichter und

werklichen Praxis. Anwendungs- und Betriebserfahrungen wurden ebenso diskutiert wie gebäudeintegrierte Photovoltaik, die im PV-Vorschaltgesetz besonders berücksichtigt wird. Vor dem Hintergrund der Wettbewerbsnachteile gegenüber währungsschwächeren Ländern war auch in diesem Jahr die Erschließung ausländischer Märkte ein Thema der Tagung.

Ausstellung und Forum

Die Fachausstellung sowie das Anbieterforum boten einen umfangreichen Einblick in die neuesten Systemkomponenten, Kompletanlagen, Geräte und Anwendungsbereiche der Photovoltaik. Mit 77 ausstellenden Firmen aus Deutschland, vier europäischen Nachbarländern sowie den USA und China präsentierte das Photovoltaik-Symposium die größte Palette an Produkten und Dienstleistungen des Photovoltaikmarktes aller Energiekongressmessen im deutschen Sprachraum.

Auf dem Gebiet der Photovoltaik-Forschung nimmt Deutschland weltweit bereits einen Spitzenplatz ein. „Das Symposium Photovoltaische Solarenergie in Bad Staffelstein ist ein wichtiges Forum, auf dem die Meilensteine hin zur weltweiten Spitzenstellung auch in der produzierten Leistung und beim Export gesetzt werden“, so Eckardt Günther, stellvertretender Leiter des OTTI e.V., Regensburg. **DK**

Großes Defizit

Trotz der gegenwärtigen Euphorie über den boomenden heimischen Solarmarkt sieht Prof. Jürgen Schmid ein großes Defizit bei der Anwendung der Photovoltaik in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die bislang noch nicht existierende Zusammenarbeit, die neben der Installation von Photovoltaiksystemen auch die Ausbildung und die gemeinsame, anwendungsorientierte Forschung einschließen muss, sollte auch im Interesse einer stabilen Entwicklung der Photovoltaik dringend etabliert werden.

Das Angebot der Tagung richtete sich vor allem an Mitarbeiter aus Ingenieur- und Planungsbüros, Behörden und kommunalen Einrichtungen sowie Forschungseinrichtungen und Firmen, die im Bereich der Solarenergienutzung zur Stromerzeugung tätig sind. Das Vortragsprogramm vermittelte einen umfassenden Überblick über den Stand und die Perspektiven der photovoltaischen Stromerzeugung. Das Spektrum umfasste dabei sowohl die hochaktuellen politischen Rahmenbedingungen als auch neueste technische Entwicklungen von den wissenschaftlichen Grundlagen bis hin zur hand-

Kindermoderator Willi Weitzel Schirmherr für Grundschulwettbewerb:

ESB fördert Klassenzimmer mit Kopf, Herz und Hand

(München / Südbayern). Über 100 Grundschulen hatten im vergangenen Jahr Ideen für den Pausenhof ihrer Träume eingereicht. 14 Preisträger konnten sich über jeweils 10.000 Euro zur Umgestaltung von Beton-Flächen freuen. Auch 2005 belohnt die ESB mit 14 x 10.000 Euro Eigeninitiative und originelle Ideen von Grundschulen: Der 2. ESB-Grundschulwettbewerb steht unter dem Motto „Ein Klassenzimmer für Kopf, Herz und Hand“ und zielt ab auf kindgerechte Lernräume. Mit an Bord ist in diesem Jahr Willi Weitzel, Träger des Bayerischen Fernsehpreises.

Vor Ort ist, wie im Jahr zuvor auch, die Initiative der gesamten Schulfamilie gefragt. Schüler, Lehrer und Eltern sollen an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, Ideen zu finden, Pläne zu entwickeln und Kosten zu kalkulieren. Die Schüler sind dazu angehalten, in jeder Projektphase mitzumachen und Aufgaben zu übernehmen. So lernen sie früh und spielerisch, ihren persönlichen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten.

Sinnvolle Konzepte für nachhaltige Lösungen

„Wir haben im Rahmen der Gespräche mit allen Beteiligten sehr viele Anregungen für neue Projektideen bekommen. So sind wir letztlich überhaupt erst auf die Idee gekommen, das Klassenzimmer als Aufhänger für den 2. ESB-Grundschulwettbewerb zu wählen“, erklärt Werner Bähre. „Aus unserer Sicht geht es nicht alleine darum, ein paar bunte Kleckse an die Wand zu pinseln, sondern vielmehr gemeinsam mit den Schülern sinnvolle Konzepte für nachhaltige Lösungen von Raumproblemen zu entwickeln.“ so Bähre.

Willi macht mit

„Willi will's wissen“ und „Willis Quiz Quark Club“ sind Sendeformate, die nicht nur Kinder faszinieren. „Wo geht das hin, das Rohr im Klo?“, „Warum werden manche Männer Mönche?“, „Wie ist das mit dem Tod?“ - das sind die Themen, die Kinderreporter Willi Weitzel in seinen Sendungen aufgreift, um sie Kindern verständlich näher zu bringen. „Ich mache mich regelmäßig auf den Weg durch Bayern und den Rest der Welt, um Berufe, Orte und Abläufe zu erkunden“, so Willi Weitzel zum Inhalt seiner Sendungen. Unnötig zu sagen, dass Weitzel sich für die Anliegen seiner jüngsten Fans interessiert. „Solche sorgfältig vorbereiteten und begleiteten Initiati-

ben zum Engagement der ESB.

Anmeldung (kinder-)leicht gemacht

Teilnahmeberechtigt am 2. ESB-Grundschulwettbewerb „Ein Klassenzimmer für Kopf, Herz und Hand“ sind Grundschulen in den 273 von der ESB direkt mit Erdgas versorgten Orten und Ortsteilen in Südbayern, für die eine Zustimmung der Stadt bzw. Gemeinde vorliegt. Die Teilnahmeunterlagen werden den entsprechenden Schulen direkt zugesandt und liegen dort in den ersten Oktoberwochen vor. Nach einer verbindlichen Anmeldung bis zum 28. Oktober 2005 haben die Schulen bis 24. Februar 2006 Zeit, ein Konzept für ein Wunschklassenzimmer bei der ESB einzureichen. Dann erst ist die unabhängige Jury am Zug: Sind die 14 lokalen Preisträger gekürt, kann unmittelbar mit der Umsetzung begonnen werden.

Attraktiver Trostpreis

Während der gesamten Aktion begleitet der Verein Urbanes Wohnen e. V. die Schulen. Mitmachen lohnt sich übrigens auch in diesem Jahr in jedem Fall! Denn allen Teilnehmer, die Unterlagen eingereicht und bei der Prämierung nicht zum Zug gekommen sind, schenkt die ESB ein prallgefülltes Bastel- und Erlebnispaket im Wert von 500,- Euro!

Wasserstoffautobahn:

Projekt für Klimaschutz

Aus Sicht des Klimaschutzes und der Luftreinhaltung unterstützt Umweltminister Werner Schnappauf nachdrücklich die Initiative der Wasserstoffindustrie, einen Autobahnring in Deutschland mit Wasserstofftankstellen auszustatten.

Der Minister: „Die Wasserstofftechnik hat das Potential für einen Durchbruch im Klimaschutz und bei der Luftqualität. Wasserstofffahrzeuge haben quasi Null-Emissionen.“ Von entscheidender Bedeutung bleibe aber weiterhin die CO₂-arme Erzeugung des Wasserstoffs. **ES**

Eintritt in Bildungspakt

Untermuert wird die Nachhaltigkeit des ESB-Engagements durch den für Frühjahr 2005 geplanten Eintritt in die Stiftung Bildungspakt Bayern. „Mit einer Eingabe von 10.000 Euro in das Grundstücksvermögen der Stiftung weiten wir unsere Unterstützung für Schulen aus und haben damit eine sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden und geplanten Aktivitäten im Schulbereich gefunden.“ erklärt Dieter Rathsam den Beitritt.

ESB-Grundschulwettbewerb: Fortsetzung folgt!

Ziel der ESB ist es auch in diesem Jahr, auf lokaler Ebene einen Anstoß zu geben und die Verantwortung der Wirtschaft für die gesellschaftlichen Aufgaben unter Beweis zu stellen. Mit der Fortsetzung des erfolgreich abgeschlossenen Projektes 2004 setzt die ESB in Zeiten angespannter kommunaler Kassen nachhaltig ein Zeichen. Das bereit gestellte Budget soll die Erlebnisqualität von Grundschulklassenzimmern in den von ESB direkt erdgasversorgten Städten und Gemeinden verbessern.

„Wir waren 2004 begeistert von der positiven Resonanz aus Schul- und Gemeindekreisen. Angesichts der teilweise offensichtlichen Mängel auf Pausenhöfen haben wir uns im letzten Jahr sicher für das richtige Projekt entschieden und hoffen, dass wir auch 2005 unseren Beitrag in den Regionen leisten können“, so ESB-Geschäftsführer Werner Bähre abschlie-

Kommunen im Würgegriff ...

Fortsetzung von Seite 1)
Bedarfsplätzen müssten. Anderes Beispiel: Eine ganze Reihe von Kommunen und Stadtwerken überlegt sich derzeit, Strom über Gaskraftwerke zu produzieren. „Für sie reicht es aber nicht, den Fokus nur auf die Investition in ein neues Kraftwerk zu richten, sondern sie müssen auch sicher sein, auf Dauer einen günstigen Gasvertrag zu haben“, erklärt Mössner. Zwei-Jahres-Verträge seien wirtschaftlich unsinnig. Sicherlich müssten Verträge nicht immer über 20 Jahre laufen; damit sich die Investition aber einigermaßen rechne, sollten schon Verträge mit zehn Jahren Laufzeit abgeschlossen werden.

Kumulierungsverbot

Das Bundeskartellamt geht aber noch einen Schritt weiter, in dem es auch ein sog. Kumulierungsverbot vorgibt, berichtet der Geschäftsführer. Im Klartext: „Wenn ein Stadtwerk von einem Lieferanten einen günstigen längerfristigen Vertrag von unter 50 Prozent der benötigten Mengen erhält, dann die nächsten Mengen in einem Wettbewerb ausschreibt und vom 50 Prozent-Lieferanten das günstigste Angebot bekommt, dürfte das Stadtwerk dieses Angebot nicht mehr wahrnehmen.“ Der Grund: Über dieses Kumulierungsverbot käme der Lieferant über 50 Prozent der Mengen und dürfte somit nur vier Jahre liefern. „Wir täteten alle gut daran, unsere Beschaffung langfristig abzusichern“, macht Mössner deutlich.

Abhängigkeit vom Ausland

Schließlich werde die Abhängigkeit vom Ausland - Deutschland bezieht als Importland weniger als 20 Prozent des Gasbedarfs aus heimischen Quellen - in den nächsten Jahren noch größer, die Position der Anbieter eher stärker. Vor dem Hintergrund, dass der weltweite Energiebedarf stark zunehmen wird - für die nächsten 15 Jahre rechnet man mit einem Anstieg von mindestens 30 bis 40 Prozent, bis 2030 von 60 Prozent - „werden wir gehalten sein, diesen steigenden Bedarf, der insbesondere in Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien stark zunimmt, mit allen verfügbaren Energiequellen zu decken“. Das Problem dabei sei jedoch, „dass diese gar nicht so schnell ausgebaut werden können, wie der Energiebedarf insgesamt steigt“, was nach aller Voraussicht wiederum höhere Preise zur Folge habe. Mössner: „Wenn sich Deutschland jetzt nicht darum kümmert, seine langfristige Energieversorgung noch sicherer zu machen, kann es schon sehr bald in Versorgungsengpässe und Preisprobleme geraten.“ Eine langfristige Sicherung der Energieversorgung funktioniere aber nur mit langfristigen Verträgen, nach denen momentan auch verstärkt China und Indien Ausschau hielten. Lieferländer wie Russland und Norwegen könnten sich mittlerweile ihre Partner und Kunden aussuchen „und werden natürlich auch aus Gründen der Investitionssicherung zu langfristigen Verträgen tendieren“.

Kommunale Interessen in Gefahr

Insgesamt könne diese starke Einschränkung der Entscheidungsfreiheit weder im Interesse der Gasversorgungsgesellschaften noch der kommunalen Entscheidungsgremien sein. Dass das Kartellamt etwas unternehmen will, um den Gaszugangswettbewerb noch stärker in Gang zu bringen, sei für alle Beteiligten nachvollziehbar. „Aber mit

derart rigiden Vorgaben kommen weder die Gasversorger noch die Gaskunden zurecht“, betont Mössner. Mit den jetzigen Leitlinien schützte man das Kind gleichsam mit dem Bade aus.

Für die Gaswirtschaft gelte es nun, „einen Mittelweg zu finden zwischen langfristiger Versorgungssicherung auf der einen und vertraglichen Wettbewerbsmöglichkeiten auf der anderen Seite“. „Die Bayerngas wird sich an der Diskussion darüber in jedem Fall, auch im Interesse ihrer Kunden, sehr intensiv beteiligen“, bekräftigt der Bayerngas-Geschäftsführer und fügt hinzu: „Einfluss nehmen können auf diese letztlich politische Entscheidung prinzipiell alle Gasverbraucher, insbesondere kommunale Entscheidungsträger.“

An Versorgungssicherheit ist schließlich jeder interessiert, der kommunale Verantwortung trägt. Wir können dem Bürger nicht sagen, für die nächsten zwei Jahre ist die Versorgung ge-

1000 Erdgastankstellen für Deutschland war und ist das Ziel der Gaswirtschaft. Derzeit gibt es bundesweit bereits über 550, davon rund 70 in Bayern, die allesamt nie weiter als 30 Kilometer voneinander entfernt sind. Mössner: „Die frühere Ausrede, nicht in Erdgasfahrzeuge investieren zu können, weil es die entsprechenden Tankstellen nicht gibt, gilt nicht mehr. Jetzt muss sich jeder Einzelne überlegen, was er auch für die Reinhaltung der Luft tun kann.“ Fakt sei, dass Erdgasfahrzeuge rund 90 Prozent weniger kraftstoffbedingten Feinstaub emittieren als herkömmliche Fahrzeuge - und zudem die Stickoxid- Problematik drastisch verringern können, versichert der Geschäftsführer.

Erdgas als Kraftstoff

Konsequenterweise habe sich auch die Autoindustrie diese herausragenden Eigenschaften zunutzen gemacht. Mittlerweile bö-



Dr. Ulrich Mössner im Gespräch mit Anne-Marie von Hassel.

sichert und was danach kommt, werden wir sehen. Man benötigt zumindest mittelfristige Sicherheit. Hier decken sich unsere Interessen als Einkaufsgesellschaft auch mit den Interessen unserer Kommunalkunden.“

Nachholbedarf

Was ganz allgemein den Versorgungsgrad mit Gas anbelangt, hinkt Bayern Mössner zufolge auch wegen der Flächenstaat-Strukturen noch kräftig hinterher. Während der Erdgas-Anteil an der Primärenergieversorgung in Deutschland bei 22,4 Prozent liege, betrage er in Bayern gerade einmal rund 16 Prozent, „wobei es durchaus ländliche Landstriche ohne Gasversorgung gibt“. Intensiv werde daher mit den Weiterverteilern, speziell den Regionalgesellschaften diskutiert, welche noch wirtschaftlich erschlossen werden können.

Dass der Gasbedarf auch in Bayern in den nächsten Jahrzehnten weiter ansteigen wird, davon ist Mössner überzeugt: „Die Bayerngas hat seit Jahren Absatz-Wachstumsraten zwischen zwei und vier Prozent - ein deutliches Spiegelbild des noch wachsenden Gasbedarfs.“ Deutlich zunehmen werde auch der Bedarf im Kraftwerksbereich und bei den Erdgasfahrzeugen. Schließlich biete Erdgas eine hervorragende, weil umweltschonende Kraftstoff-Alternative - Stichwort Feinstaub -, zudem stelle dieser Energieträger derzeit die wirtschaftlich günstigste Alternative dar. Zwar habe die Bayerngas bereits im vergangenen Jahr eine bundesweite Marketing-Initiative für Erdgasfahrzeuge mitgegründet - bayernweit steht diese unter dem Motto „Bayern gibt Gas“ -, dennoch wolle man noch einmal verstärkt in die Offensive gehen, „nachdem die Grundvoraussetzung, nämlich der Bau erforderlicher Erdgastankstellen, mittlerweile sehr gut auf dem Weg ist“, berichtet Mössner.

ten fast alle Fahrzeugfirmen, mit Ausnahme von beispielsweise BMW und Audi, flächendeckend erdgasbetriebene Serienmodelle für fast jeden Anspruch an. BMW habe vor einigen Jahren mit seinem Engagement noch zu den Pionieren gehört - bedauerlicherweise zu einer Zeit, als es noch zu wenige Tankstellen gab und der Münchner Autobauer folglich entschieden, sich vom Erdgasmarkt zurückziehen, stellt Mössner fest. Heute warteten unter anderem Mercedes, Ford, VW, Volvo, Fiat, Citroen, Peugeot und Opel mit einer breiten Produktpalette an (Wirtschafts-)Fahrzeugen auf. Opel verkaufe im übrigen derzeit die meisten Erdgasfahrzeuge - wohl auch deshalb, weil der Autohersteller mit der Gasmarketing-Initiative bereits eine erfolgreiche Promotions-Aktivität durchgeführt hat, erklärt Mössner. Sein Appell: „Jetzt müssen die Kommunen langsam Initiative zeigen!“ Mit dem Kauf eines Erdgas-Mercedes, der den Entscheidungsträgern auch einmal zur Verfügung gestellt werden kann, wolle die Bayerngas die Botschaft vermitteln, „dass solche Fahrzeuge gebraucht werden und es bereits eine Menge davon gibt“.

Der Umwelt zuliebe

Profitieren soll davon auch die Landeshauptstadt. Die Bayerngas will in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken ein Konzept vorlegen, wie man der Stadt auch durch den Einsatz von Erdgasfahrzeugen helfen kann. „Ein Programm, das in München gut läuft, kann sicher auch in anderen Kommunen übernommen werden“, meint Mössner und bekräftigt: „Der Kraftstoffpreis als solcher ist angesichts der hohen Ölpreise die tollste Werbung für Erdgas. Der Verbraucher tankt für die Hälfte. Wenn das als Anreiz nicht reicht... Und gleichzeitig wird noch etwas für die Umwelt getan. Besser geht's doch eigentlich gar nicht.“ **DK**

ÖkoFEN baut Deutschland-Zentrale in Mickhausen

**Pelletsheizungen sollen bis zu 50 neue Arbeitsplätze schaffen
Produktionsbeginn Ende 2006 - Über 15000 m² Gewerbegrund erworben**

Mickhausen (wkl). Mehr als zehn Jahre lang lag das Gewerbegebiet „Schelmenlohe“ im Osten von Mickhausen mangels Nachfrage brach. Jetzt kommt endlich Leben in das weitläufige, voll erschlossene Gelände am Ortseingang an der Waldberger Straße: der österreichische Heizkesselhersteller ÖkoFEN, Europas Marktführer bei vollautomatischen Pelletsheizungen, baut seine deutsche Firmenzentrale in der Staudengemeinde.

Im Beisein von Landrat Dr. Karl Vogele unterzeichneten Mickhausens Bürgermeister Anton Müller und die Geschäftsführer Helmut Gastl und Lothar Tomaschko dieser Tage den Kaufvertrag für das über 15000 Quadratmeter große Gewerbegrundstück zwischen der Waldberger und der Schelmenlohestraße.

Baubeginn Frühjahr 2006

Bis zum Jahr 2015 - so die langfristigen Planungen - sollen hier bis zu 50 neue Arbeitsplätze entstehen. Der Produktionsstart wird für Ende 2006 mit zunächst 20 bis 25 Beschäftigten angepeilt. Nach vorbereitenden Arbeiten am Grundstück soll im Frühjahr 2006 mit dem Bau der Produktionsanlage begonnen werden.

Die Firma ÖkoFEN, im Jahr 1989 am Stammsitz in Lembach/Oberösterreich von Ingenieur Herbert Ortner gegründet, ist

seit 15 Jahren Spezialist in Sachen Holzheizungen. Sie war 1994 die erste Firma, die eine vollautomatische Pelletsheizung entwickelt hat. In den vergangenen zehn Jahren entwickelte sich ÖkoFEN in rasendem Tempo vom Pionier zum europäischen Marktführer mit bislang über 10000 produzierten Anlagen.

Pionierleistung

Seit 1998 wird der Geschäftsbetrieb in Deutschland von Diplom-Ingenieur Helmut Gastl (kaufmännischer Geschäftsführer) und Lothar Tomaschko (technischer Geschäftsführer) als selbständige Generalvertretung geleitet. Gastl und Tomaschko haben als erste das moderne, umweltfreundliche und zukunftsträchtige Heizsystem für Ein- und Mehrfamilienhäuser in Deutschland auf den Markt gebracht. Seit dem Jahr 2000 befindet sich die Verwaltungs- und Schulungszentrale von ÖkoFEN Deutschland mit momentan zehn

Beschäftigten in Reichertshofen (Gemeinde Mittelneufnach). Die Montage und Auslieferung der Pelletsheizungen erfolgt derzeit noch in Österreich.

Steigende Nachfrage

Weil die Nachfrage nach den umweltfreundlichen Heizungen in der Bundesrepublik in den letzten Jahren kräftig zugelegt hat, trugen sich die ÖkoFEN-Manager schon seit geraumer Zeit mit dem Gedanken, die Anlagen künftig auch in Deutschland zu produzieren.

Nachhaltigkeit

Als Gründe für die steigende Nachfrage nach Holzpellets und Pelletsheizungen nennt Helmut Gastl in erster Linie deren Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit: „Der Brennstoff Pellets, aus Säge- und Hobelspänen gepresst, setzt im Gegensatz zu Erdgas, Heizöl oder Strom kein fossiles und klimaschädliches Kohlendioxid frei.“ Gegenüber dem zur Neige gehenden Öl und Gas sprächen vor allem Klimafreundlichkeit, unbegrenzte

regionale Verfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit für eine Pelletsheizung. Lothar Tomaschko: „Die Energiekosten liegen bei Pelletssystemen heute schon rund 40 Prozent niedriger als bei Gas und Öl.“

Neben der idealen Lage und Beschaffenheit des Grundstücks, so Gastl, habe für ihn bei der Standortwahl auch die Tatsache eine Rolle gespielt, dass die Gemeinde Mickhausen noch keine Zuschüsse für die Verlegung von Erdgasleitungen gegeben und damit einer einseitigen Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil ökologischer Energie- und Heiztechnik keinen Vorschub geleistet habe.

Firmenphilosophie

Die ÖkoFEN-Firmenphilosophie, so Mickhausens Bürgermeister Anton Müller, passe bestens in das Gewerbegebiet einer Staudengemeinde. Der nachwachsende Rohstoff Holz, im Verbund mit einer umweltfreundlichen Technologie, erfülle exakt die Kriterien der Nachhaltigkeit, der sich auch Mickhausen als Mitgliedsgemeinde der Regionalentwicklung Stauden (RES) verpflichtet fühle. Müller zeigte sich bei der Vertragsunterzeichnung erleichtert, dass das „Sorgenkind Nummer eins“ der Staudengemeinde, das seit Jahren ungenutzt daliegende Gewerbegebiet, jetzt endlich seiner Bestimmung zugeführt wird. „Wir freuen uns auf die Firma ÖkoFEN und auf die neue



Machten die Ansiedlung der ÖkoFEN-Deutschlandzentrale in Mickhausen perfekt: v. l. Mickhausens Bürgermeister Anton Müller, die ÖkoFEN-Deutschland-Geschäftsführer Helmut Gastl und Lothar Tomaschko mit Landrat Dr. Karl Vogele. Bild: wkl

Deutschland-Zentrale, die den Namen Mickhausen jetzt bundesweit bekannt machen wird!“

Freude über Ansiedlung

Eng in die Grundstücksverhandlungen mit eingebunden waren von Anfang an Landrat Dr. Karl Vogele und die für Gewerbeansiedlungen zuständigen Fachabteilungen im Augsburgsburger

Landratsamt. Vogele betonte, dass der expandierenden Firma von der Genehmigungsbehörde keine Steine in den Weg gelegt wurden: „Ich freue mich für Mickhausen und für die gesamte Staudenregion über die Ansiedlung dieser zukunftsweisenden Technologie, die nicht nur bestens hierher passt, sondern auch qualifizierte Arbeitsplätze schafft!“

C.A.R.M.E.N.-Forum in Straubing

„Strom und Wärme vom Acker“

Sehr erfolgreich verlief das 12. C.A.R.M.E.N.-Forum unter dem Motto „Strom und Wärme vom Acker“ im Straubinger Herzogschloss. Vor mehr als 300 Besuchern lag der Schwerpunkt der Veranstaltung dabei auf Biogas: Neben Anbau und Nutzung von Energiepflanzen speziell für Biogasanlagen wurden Wirtschaftlichkeit und Finanzierungsmöglichkeiten dieser Anlagen näher beleuchtet. Zusätzlich stellten Experten weitere interessante Energieträger aus der Landwirtschaft vor. Als Kooperationspartner für das Forum konnte ein C.A.R.M.E.N.-Mitglied, der Bayerische Bauernverband, gewonnen werden.

Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Miller, der das Forum eröffnete, versprach, die wirtschaftlich sinnvolle und effiziente Nutzung der Biogastechnologie zur Energiegewinnung mit einem Aktionsprogramm weiter voran bringen zu wollen. Die im April startende Initiative werde den Landwirten Investitionsentscheidungen durch fachlich fundierte Hilfestellungen erleichtern. Ziel ist laut Miller auch die Unterstützung beim Bau und Betrieb der aufwändigen Anlagen: „Wir wollen, dass die Landwirte Fehler vermeiden und die Weichen langfristig richtig stellen.“

Praxislösungen

Bei dem Aktionsprogramm setzt der Minister auf Forschung, Verbesserung der Beratung, Ausbildung und den Aufbau eines Pilotbetrieb-Netzes. Um die Gasgewinnung und -ausbeute, die Technik und die „Fütterung“ der Anlagen mit landwirtschaftlicher Biomasse zu optimieren, werden für Forschungsprojekte in den nächsten drei Jahren 2,5 Millionen Euro bereit gestellt. In bis zu sieben ausgewählten Pilotbetrieben sollen Landwirte beispielhafte Praxislösungen kennen lernen.

Die Ergebnisse der Musteranlagen werden wissenschaftlich dokumentiert und fließen in neue Beratungsunterlagen ein, die die Landesanstalt für Landwirtschaft erarbeitet. Zudem können sich Landwirte ab Herbst im Agrarbildungszentrum Triesdorf zum „Fachagrarwirt erneuerbare Energien - Biomasse“ qualifizieren.

Der Minister will mit seiner Initiative den Anteil von nachwachsenden Rohstoffen im Energiemix weiter erhöhen. Zudem soll die bayerische Führungsrolle bei der Biogasnutzung technologisch und ökonomisch weiter ausgebaut werden.

In Bayern stehen mit 650 Anlagen bereits ein Drittel der bundesdeutschen Anlagen. Ge-

plant sind zur Zeit weitere 890. Straubings Oberbürgermeister Reinhold Perlak, Landrat Alfred Reisinger und Walter Heidl vom Bayerischen Bauernverband betonten in ihren Grußworten, dass vor allem die Öffentlichkeitsarbeit und das Informationsangebot von C.A.R.M.E.N. e.V. den Stellenwert der ökologischen und ökonomischen Bedeutung von nachwachsenden Rohstoffen verdeutliche und dazu beitrage, das Kompetenzzentrum zur ersten Adresse für nachwachsende Rohstoffe in Europa zu machen. Knapp ein Dutzend Fachvorträge von namhaften Experten aus Wissenschaft und Praxis folgten.

Programmpunkte

Der erste Vortragsblock drehte sich um Energiepflanzen für Biogasanlagen und reichte von Energiepflanzenzucht, mit dem Schwerpunkt Maisanbau, über Methanertragspotentiale verschiedener nachwachsender Rohstoffe bis zu ökonomischer und ökologischer Anbauoptimierung. Der zweite Block informierte die Zuhörer über Wirtschaftlichkeit und Finanzierung von Biogasanlagen. Die Referate stellten einen wirtschaftlichen Vergleich von nachwachsenden Rohstoffen vor, ferner die Biogas-Anlagentechnik und ein praktisches Finanzierungsmodell mit Rechenbeispielen. Im dritten Vortragsteil wiederum wurden weitere Energieträger vom Acker genauer beleuchtet, darunter Getreideverbrennung, Pflanzenöl-BHKWs und Energiewälder mit schnellwachsenden Baumarten.

Niederbayerns BBV-Präsident Walter Heidl brachte die Quintessenz des Forums schließlich auf den Punkt: „Nicht jeder Landwirt muss zum ‚Energie-scheich‘ werden, aber uns sollte jede Marktentlastung im Nahrungsmittelbereich und jede Wertschöpfung für die Landwirtschaft willkommen sein.“ DK

Neue Gesellschafter bei Bayerngas

Im März haben die TIGAS Erdgas Tirol GmbH und die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH Verträge über den Erwerb von Geschäftsanteilen der Bayerngas GmbH unterzeichnet. Die SWU übernehmen fünf Prozent der Anteile und die TIGAS erwirbt eine sechsprozentige Beteiligung.

Alle bisherigen kommunalen Anteilseigner der Bayerngas haben dem entsprechende Anteile abgegeben. Mit der Erweiterung des Gesellschafterkreises wird die Position und Funktion der Bayerngas als Gasbeschaffungsgesellschaft für Stadtwerke und Regionalgesellschaften gestärkt.

„Der Beitritt der Neugesellschafter belegt, dass der Weg der kooperativen Gasbeschaffung mit einem hohen Bündelungseffekt und einem professionellen Portfoliomanagement im Hinblick auf den liberalisierten europäischen Gasmarkt über die Grenzen Südbayerns hinaus Anklang findet“, sagt Dr. Ulrich Mössner, Geschäftsführer von Bayerngas. Die SWU sind ein innovatives mittleres Stadtwerk, das auch Bundesland übergreifend tätig ist.

„Mit unserer Beteiligung an Bayerngas erhalten wir Zugang zu Know-how, das wir zur Optimierung unseres Gaseinkaufs nutzen werden“, betont Matthias Berz, Geschäftsführer der SWU.

Traunstein:

Umwelturkunde für „Solarpionier“

Mit der Dankurkunde des Freistaats Bayern für Verdienste um den Umweltschutz hat Bayerns Umweltminister Dr. Werner Schnappauf Dr. Rainer Schenk aus Traunstein ausgezeichnet. Landrat Hermann Steinmaßl nahm die Ehrung jetzt im Landratsamt vor und sprach dem „Pionier der Solarstromtechnik“ im Namen des Landkreises seinen Glückwunsch aus.

Mit größter Zielstrebigkeit ist Schenk seit 16 Jahren dabei, möglichst viel Energie für sich und seine Familie vollständig von der Sonne zu beziehen.

Schon seit knapp drei Jahren ist dieses Ziel erreicht: Familie Schenk produziert zum Beispiel mittels Photovoltaik Sonnenstrom, heizt ihr Haus mit Solarwärme und Pellets und fährt ein mit Pflanzenöl betriebenes Auto. Zudem ist der Zahnarzt und 2. Vorsitzende des Forum Ökologie

Die TIGAS ist ein leistungsfähiges regionales Gasversorgungsunternehmen in Tirol und über Beteiligungsgesellschaften auch in Südtirol präsent.

Zweck und Nutzen

„Zweck und Nutzen der Beteiligung für die TIGAS ist vor allem, aus der starken Marktposition der bayerischen Einkaufsgesellschaft wettbewerbsfähige Einkaufskonditionen abzuschließen. Gerade die Erfahrungen im liberalisierten Markt haben gezeigt, dass insbesondere in Zeiten steigender Energiepreise ein gebündelter Marktauftritt auf der Beschaffungsseite die Chancen zur Durchsetzung günstiger Einkaufskonditionen erhöht“, erklärt Dr. Philipp Hiltbold, Geschäftsführer der TIGAS. Als Gasbeschaffungsgesellschaft beliefert Bayerngas Stadtwerke, regionale Gasversorgungsunternehmen und rund 40 Industrieunternehmen in Südbayern und Österreich. DK



Erfolgreicher Ausbildungsabschluss bei E.ON Bayern.

Zehn Auszubildende bei E.ON Bayern in Würzburg freigesprochen

Zehn junge Menschen haben ihre zwei- bis dreieinhalbjährige Ausbildung am Standort Würzburg der E.ON Bayern AG erfolgreich abgeschlossen. Sechs Energieelektroniker und vier Kaufleute für Bürokommunikation erhielten bei einer gemeinsamen Abschlussfeier ihre Zeugnisse.

Erfreuliches Ergebnis der Prüfungen: Mehr als die Hälfte der Würzburger E.ON Bayern-Auszubildenden erreichten die Durchschnittsnote „gut“ und steigern so ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Alle jungen Menschen bleiben ohnehin mit vorerst zeitlich befristeten Arbeitsverträgen im Unternehmen bzw. im E.ON-Konzern und machen damit sofort nach dem Ausbildungsabschluss den ersten Schritt in die Arbeitswelt in vertrauter Umgebung.

Ausbildungszyklus

Vier hauptamtliche Ausbilder betreuen in Würzburg ständig zwischen 28 und 40 Jugendliche der vier Ausbildungsjahrgänge in den zwei angebotenen Berufsrichtungen. Ein Teil der technischen Ausbildung erfolgt traditionell in Kooperation mit den Stadtwerken Würzburg.

Im nächsten Ausbildungszyklus, der am 1. September 2005 beginnt, werden wieder zwölf junge Menschen - sechs Elektroniker/Betriebstechnik und sechs Kaufleute für Bürokommunikation - ins Berufsleben starten.

Mit der Ausbildung bei E.ON

Bayern haben die Berufseinstiegsbeste Voraussetzungen, um selbst auf dem aktuell schwierigen Arbeitsmarkt problemlos Fuß zu fassen. Das Thema Ausbildung und Qualifikation hat bei dem Energiedienstleister hohen Stellenwert.

E.ON Bayern bildet derzeit ca. 300 Jugendliche in ganz Bayern in elektrotechnischen, mechanischen und kaufmännischen Berufen aus. Die Ausbildungsquote von knapp neun Prozent liegt über dem Bundesdurchschnitt.

Lange Tradition

Am Standort Würzburg hat Ausbildung zudem eine lange Tradition. Am Gründungsstandort der Überlandwerk Unterfranken AG, einer Rechtsvorgängerin der heutigen E.ON Bayern AG, erlernten in der mehr als 85-jährigen Geschichte der Niederlassung über 1.000 junge Menschen einen kaufmännischen oder elektrotechnischen Beruf.

Die E.ON-Gruppe beschäftigt in der Region Unterfranken rd. 1.200 Mitarbeiter und ist damit ein wichtiger Faktor für den heimischen Arbeitsmarkt. DK

Stadtbücherei Würzburg:

Aktien für fleißige Leser

„Werden Sie Bibliotheksaktionär!“ Mit dieser Aufforderung wandte sich das Team der Würzburger Stadtbücherei vor wenigen Wochen an Bürger und Unternehmer. Mehrere 100-Euro-Aktien wurden seither verkauft, auch waren drei Firmen aus der Würzburger Region bereit, die neu aufgelegten „VIP-Wertpapiere“ im Wert von jeweils 5.000 Euro zu erwerben.

Die Aktien-Aktion ist nur eine von zahlreichen Maßnahmen, mit denen Büchereileiterin Hannelore Vogt seit zwei Jahren versucht, ihren geschrumpften Medien-Etat aufzubessern. So gewann die studierte Kulturmanagerin im vergangenen Jahr unter dem Motto „Schmöker-Göker“ die größte Würzburger Hähnchenbräterei zum Kooperationspartner. Während des sechswöchigen Aktionszeitraums flossen aus dem Verkauf eines jeden „Gökers“ 25 Cent in den Medientopf der finanziell arg gebeutelten Kultureinrichtung.

Aktion „Kauf mich!“

Ein voller Erfolg war 2004 auch die Aktion „Kauf mich!“, bei der Vogt die Idee des Hochzeitstisches nachahmte. In verschiedenen Würzburger Buchhandlungen gab es „Gäbentische“, auf denen all die Bücher standen, die die Bibliothek gerne gehabt hätte, mangels Masse jedoch nicht kaufen konnte. Besucher der Bibliothek kauften die Bücher für „ihre“ Bücherei und sicherten sich auf diese Weise das Erstleserecht.

Oft sitzt die Büchereileiterin mit ihren Kolleginnen und Kollegen zusammen, um neue Ideen zur Aufstockung des mageren Ankaufbudgets auszutüfteln. Auch holt sie sich, die im Auftrag des Goethe-Instituts häufig im Ausland unterwegs ist, von großen Bibliotheken anderer Länder Anregungen zur Attraktivitätssteigerung ihres Hauses. Den Strauß origineller Ideen, der in den vergangenen zwei Jahren

gesteckt wurde, stellte Vogt Mitte März zur Begeisterung von Büchereileitern aus dem ganzen Bundesgebiet beim Deutschen Bibliothekstag in Düsseldorf vor: „Woraufhin ich gleich drei weitere Einladungen zum Referieren erhielt.“

Großartige Bilanz

Das Engagement der Büchereileiterin wurde kürzlich indirekt auch in einem Bericht der Bertelsmann-Stiftung gelobt, die Bibliothek in Würzburg ist einer Bertelsmann-Studie zufolge die wirtschaftlichste Bücherei aller deutschen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Laut Vogt kostet die Kultureinrichtung pro Benutzer rund 2,50 Euro. Der bundesweite Durchschnitt beläuft sich auf etwa das Doppelte dieser Summe, in manchen Städten beträgt der Zuschussbedarf zehn Euro und mehr.

Kinder und Jugendliche im Visier

Das Geld, das aus den Sonderaktionen in den Topf der Bücherei fließt, wird den Schwerpunkten der Einrichtung entsprechend in Medien investiert. Im Blick hat Vogt vor allem Kinder und Jugendliche. Wenn es darum geht, den Bestand an literaturwissenschaftlichen Büchern aufzustocken, erhält die für Schüler wichtige Interpretation eines Goethe-Romans darum stets den Vorzug vor einem Band mit Briefen eines Schriftstellers: „Denn letzteren können Interessierte auch über die Fernleihe der

Universitätsbibliothek bestellen.“ Die Auswahl der Bücher ist laut Vogt inzwischen äußerst pragmatisch, statt Krimis werden betriebswirtschaftliche Werke oder Bücher zum Thema Bewerbung bestellt. Die Würzburger Bücherei wolle keine „Spaß- und Unterhaltungseinrichtung“ sei, erläutert die Bibliothekarin, schulische und außerschulische Bildung werde hingegen großgeschrieben. Vor einem Jahr richtete die Büchereileiterin mit einem Teil des Preisgeldes für die Auszeichnung „Bibliothek des Jahres 2003“ sowie mit Mitteln aus der Sparkassenstiftung ein eigenes Lernstudio im Bibliotheksdomizil Falkenhaus ein.

PC-Arbeitsplätze

Neben fünf Rechnern mit Internetzugang stehen den Besuchern dieses Studios ein DVD-Player und ein Scanner zur Verfügung. Jeder PC-Arbeitsplatz hat einen besonderen inhaltlichen Schwerpunkt, so gibt es Computerarbeitsplätze für Layout- und Webdesign, für Bildbearbeitung, Musikproduktion und Notensatz sowie für Bewerbungen. Daneben kann der Besucher des Lernstudios auf zahlreiche Bücher, Broschüren über regio-

nale Fortbildungsangebote und elektronische Medien zu den Themenfeldern Studium und Beruf zurückgreifen.

Das Jahr, für das die Würzburger Bücherei zur „Bibliothek des Jahres“ gekürt wurde, war im Übrigen das „finsterste“ in der jüngeren Bibliotheksgeschichte. Die Stadt Würzburg rang vergeblich um die Genehmigung ihres Haushalts, weil der Betrieb der Bücherei als freiwillige Leistung gilt, gab es keinen Cent für neue Medien. Vogt erkämpfte sich einzig die Erlaubnis, durch Sondermaßnahmen Geld zu erwirtschaften und dieses Geld in die Bibliothek zu investieren.

Geringer Medienetat

Dass die Sonderaktionen seither dank des hohen bürgerschaftlichen Engagements in Würzburg bestens laufen, stimmt Vogt froh, gleichzeitig weist sie darauf hin, wie lächerlich gering der Medienetat des Hauses noch immer ist. Mitte der 90er Jahre, so die Büchereileiterin, investierte die Stadt in eine Bücherei, die 55.000 Medien jährlich verlieh, umgerechnet etwa 125.000 Euro. Inzwischen registriert Vogt 1,3 Millionen Entlehnungen jährlich, der Anschaffungsetat für neue Bücher, Zeitschriften, Kassetten, CDs und CD-ROMs jedoch ist geringer als vor zehn Jahren. **Pat Christ**



Dominik ist ein eifriger Besucher der Würzburger Stadtbücherei. Bibliotheksleiterin Hannelore Vogt sorgt mit kreativen Aktionen dafür, dass Kindern wie ihm auch in Zeiten des Sparzwangs der Lesestoff nicht ausgeht. Foto: Pat Christ

Mittelfränkischer Geriatrie-Tag in Nürnberg

Beim 13. Mittelfränkischen Geriatrie-Tag in Nürnberg wies Richard Bartsch, Bezirksstagspräsident und Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Geriatrie Bayern“ darauf hin, dass im Freistaat aufgrund der neuen Krankenhausfinanzierung in diesem Jahr rund 20 neue Geriatrie-Rehabilitationseinrichtungen entstehen werden. Nachdem aber die vorhandenen Gelder bei den Krankenkassen nicht erhöht werden, müssten sich künftig 70 Anbieter das gleiche Geld teilen wie heute die 50 Rehabilitationseinrichtungen für alterskranke Patienten in Bayern.

Im Interesse der betroffenen Menschen müsse jedoch ein Preisdumping verhindert werden, forderte Bartsch. Er befürchtet „Billig-Reha-Angebote“, die dann von den Kostenträgern belegt werden. „Wenn einer Einrichtung das Wasser bis zum Hals steht, wird alles versucht, wirtschaftlich über die Runden zu kommen. Dann macht man den Kostenträgern ‚Sonderangebote‘ zu Lasten der wehrlosen Patienten nach einem Schlaganfall oder Knochenbrüchen.“

Pflegeversicherung den Anforderungen anpassen

Bei den anstehenden Reformentscheidungen im Bundestag über die Sozialversicherungssysteme müsse die Pflegeversicherung den heutigen Anforderungen angepasst werden, sagte Bartsch. Der Vorsitzende appellierte für eine Gleichstellung der Leistungen für die ambulante Pflege und die Zahlungen an die Pflegeheime bei der selben Pflegestufe.

„Die Geriatrie-Rehabilitation, die bisher allein von der Krankenkasse bezahlt wird, muss von der Pflegeversicherung mitfinanziert werden. Sie hat auch finanziellen Erfolg, wenn nach der Rehabilitation für eine Pflegestufe niedriger bezahlt werden muss“, hob der Bezirksstagspräsident abschließend hervor. **DK**

Kinderland Bayern:

Erfolgsstory einer Tourismusmarke

Zuwachs im Kinderland Bayern: Nach nur zwei Jahren hat sich die Familien-Erlebnis-Marke „Kinderland Bayern“ zum wahren Renner entwickelt. Bereits über 300 Partner sind mit von der Partie - vom Baby-Bauernhof über kunterbunte Freizeitparks bis hin zu spannenden Erlebnisbädern.

Die Zahlen beweisen das Erfolgskonzept: Von anfangs 75 Partnern im Jahr 2003 sind nun 306 Kinderland-Partner dabei: 40 Hotels ausgezeichnet mit drei, vier oder fünf Bärchen, über 180 Anbieter von Ferienwohnungen und -häusern, zehn Campingplätze, 17 Kinderland-Orte und zwei Kinderland-Regionen - deren gesamte Infrastruktur auf Familien ausgerichtet ist.

56 Erlebnispartner

Für unvergessliche Urlaubserinnerungen sorgen auch die 56 kinderland-geprüften Erlebnispartner, darunter Freizeitparks, Museen, Bergbahnen, Seen-Schiffahrt, Erlebnisbäder und Skischulen.

Immense Steigerung

„Wir konnten die Zahl unserer Markenpartner um über 300 Prozent innerhalb von zwei Jahren steigern“, freut sich Martin Spantig, Produktmanager der Kinderland-Marke. „Das Besondere an

„Kinderland Bayern“ ist die einzigartige Vernetzung und Vermarktung von Hotels, Regionen, Orten und Freizeit-Anbieter wie Erlebnisparcs, Museen, Bergbahnen, Seen-Schiffahrt und Skischulen unter einem Dach.“ so Spantig. „Besonders stolz sind wir darauf, die drei wichtigsten Spielmarken Playmobil, Lego und Ravensburger bei unserer Marke mit dabei zu haben.“

Internetportal

Auch die Anzahl der Besucher des klar strukturierten und mit vielen Raffinessen ausgestatteten Internetportals www.kinderland.by ist seit dem Start der Marke um 50 Prozent gestiegen. Zahlreiche Gewinnspiele und Aktionen machen die Seite neben der Kinderland-Datenbank zudem attraktiv. Allein bei der Aktion „100 Testfamilien gesucht“, bei der ausschließlich Bewerbungen über das Internetportal angenommen wurden, beteiligten sich weit über 13.000 Familien. **DK**

Zündstoff in vielen Regionen

Bürgermeisterversammlung im Landkreis Augsburg

Allen 472 bayerischen Teilhauptschulen droht jetzt das Aus. Auch müssen Bayerns Eltern für ihre Kinder Büchergeld bezahlen. Für Grundschüler stehen im Jahr 20 Euro und für alle übrigen 40 Euro zur Zahlung an. Staat und Kommunen leisten einen Zuschuss von 4 Euro oder 2 Euro je Schüler und Jahr. Somit können 57 Millionen Euro je Jahr zur Anschaffung von Büchern verwendet werden (bisher 30 Mio.). Bei Berufs- und Förderschulen kann das Büchergeld auch für die Anschaffung von EDV-Software verwendet werden, betonte Dr. Jürgen Busse, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Gemeindetages, kürzlich vor den Bürgermeistern des Landkreises Augsburg.

Für das Einsammeln des Büchergeldes sind voraussichtlich die Schulen, somit die Lehrkräfte befasst. Die Kommunen sollen tätig werden, wenn Büchergeld zwangsweise eingefordert werden muss. In diesem Falle werde den Gemeinden empfohlen, zu prüfen, ob der Aufwand für einen Mahnbefehl Sinn mache, der rund 40 Euro kostet und es um 20 oder 40 Euro geht. Fazit: „Das Thema muss bei den Schulen bleiben!“

Bewährte Regelung

Durchgesetzt hat sich der Bayerische Gemeindetag, so Busse weiter, auch mit seiner Forderung, dass der Schulaufwandsträger nicht verpflichtet ist, alle vier Jahre neue Bücher anzuschaffen. Beibehalten werde auch die jahrzehnte lange und bewährte Regelung: „Wenn Kinder ein Buch kaputt machen, müssen die Eltern bezahlen!“

Während 2004 noch davon die Rede war, Teilhauptschulen aufzulösen, bei denen die Mindestzahl von 15 Schüler pro Klasse nicht mehr erreicht wird, droht jetzt allen 472 bayerischen Teilhauptschulen das Aus. Doch den Verlust ihrer Teilhauptschulen wollen die Bürgermeister des Landkreises nicht ohne weiteres hinnehmen.

Kritik übte beispielsweise der Bürgermeister von Gessertshausen, Anton Mayer, am Kreis-schulamt Augsburg. Nach seiner Aussage ist der Sachverhalt bei Gesprächen mit dem Abgeordneten Martin Sailer und dem Schulamt ganz unterschiedlich dargestellt worden. Bürgermei-

ster Anton Mayer meinte bei seiner Kritik, dass die Vertreter des Schulamtes zum Teil in voraus-eilendem Gehorsam Dinge vollziehen, die von Politikern so nicht gewollt seien.

Ähnlich argumentierte Nordendorf's Bürgermeister Elmar Schöniger. Er meinte auch, dass das das Schulamt Dinge umsetzen wolle, die der Landtag nie beschlossen habe. Er sprach in diesem Falle sogar von einem „Saustall.“ In die Reihe der Kritiker reihte sich auch Bürgermeister Konrad Dobler von Langgerringen. Auf Grund der ausreichenden Schülerzahlen könne seine Teilhauptschule bis 2010/2011 erhalten bleiben.

Keine neuen Gebäude

Nach den Informationen von Georg Klaußner, Kreisvorsitzender des Gemeindetages, sollen zwar die Teilhauptschulen aufgelöst, die Gebäude vor Ort aber als Aussenstellen größerer Volksschulen genutzt werden. Neue Schulgebäude sollen auf keinen Fall errichtet werden.

Kritisch beleuchtet wurde von Dr. Busse auch das Vorhaben „Übertragung der überörtlichen Prüfung für alle Gemeinden auf den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband“. Dabei sei aber zu bedenken, dass die Prüfungsgebühren des Prüfungsverbandes erheblich über den Sätzen der staatlichen Rechnungsprüfungsstellen der Landratsämter liegen. Außerdem zeichnen sich staatliche Prüfungsstellen durch Ortsnähe und bessere Kenntnisse der tatsächlichen Gegebenheiten aus. **gri**



Auf große Resonanz stieß die Präsentation des „Hofer Festtagskalenders“ mit Linolschnitten von Bürgermeister und Bezirksstagsvizepräsident Eberhard Siller, der auf unserem Bild jungen Besuchern die ersten Kalender signiert.

„Hofer Festtagskalender“ für die Jugend

Eine originelle Idee hatte Hofs Bürgermeister und oberfränkische Bezirksstagsvizepräsident Eberhard Siller, um für die Jugendarbeit in seiner Heimatstadt zusätzliche Mittel bereitstellen zu können.

Die Ebbe in Hofs Stadtkasse zwingt zu Kürzungen auch bei der Jugendarbeit. Gerade in einer Zeit, in der es für viele Familien schwer ist, höhere Eigenleistungen für die verschiedenen Angebote in der Jugendarbeit aufzubringen, ließ das dem Jugendreferenten der Stadt Hof keine Ruhe. Er erinnerte sich an sein schon in der Schulzeit am Jean-Paul-Gymnasium entdecktes künstlerisches Hobby: den Linolschnitt.

Frühere und heutige Schönheiten der Saalestadt, von Siller in dieser Technik festgehalten, sind im von der Bürgerinitiative „ProHof“ herausgegebenen „Hofer Festtagskalender“ zu bewundern. Mit dem Kauf des Kalen-

ders kann jeder dazu beitragen, dass der Zuschuss zur Jugendarbeit in der Stadt Hof wieder etwas angehoben werden kann, denn der Gewinn wird ausschließlich dem Stadtjugendring zur Verfügung gestellt.

Große Resonanz

Die Aktion stößt bei der Bevölkerung auf große Resonanz. Es besteht deshalb die berechtigte Hoffnung, dass Freizeitmaßnahmen, Jugendbildung, Unterstützung und Weiterbildung ehrenamtlicher Jugendleiter, der Kauf von Geräten und Material oder der internationale Jugendaustausch bald spürbar gefördert werden können. **gri**

Zeichen des Aufbruchs

Rauschende Eröffnungsgala für das neue CCN Ost in Nürnberg
Spektakuläre Show aus Licht und Feuer von Gert Hof

Über 1.500 geladene Gäste aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft feierten mit einer großen Gala die Eröffnung des neuen Kongresszentrums CCN Ost in Nürnberg. Eindeutiger Höhepunkt: die spektakuläre Show aus Licht und Feuer von Gert Hof, der erstmals in seinem Werk ein Indoor-Lichtevent kreierte und das CCN Ost als blauen Diamanten erstrahlen ließ. Musikalische Highlights dieses Abends waren die Showacts von Rat Pack, Raemonn, Hot Chocolate und den Weather Girls.

In ihren Reden betonten der Bayerische Ministerpräsident, Dr. Edmund Stoiber, der Nürnberger Oberbürgermeister, Dr. Ulrich Maly und der Geschäftsführer der NürnbergMesse, Bernd A. Diederichs, die Bedeutung des neuen Kongresszentrums und gaben gleichzeitig die Richtung vor: Nürnberg soll eine europäische Kongressmetropole werden.

Signal der Zuversicht

„Unser Land braucht einen starken Aufbruch. Hier in Nürnberg wird dafür heute ein Zeichen gesetzt. Die Eröffnung des neuen Kongresszentrums Ost ist ein Signal des Aufbruchs und der Zuversicht: Mit diesem höchst attraktiven neuen Veranstaltungszentrum spielt Nürnberg nun definitiv in der 'Champions League' der europäischen Kongressstandorte!“, erklärte Stoiber. „Das CCN Congress Center Nürnberg wird ein Geheimtipp werden, aber ein Geheimtipp, den jeder kennt“, so Maly. „Architektur und Einrichtung des CCN Ost sind emotional und begeisternd. Das bestätigen uns unsere Kunden. Für die NürnbergMesse bedeutet das CCN Ost einen großen Schritt nach vorn“, stellte Bernd A. Diederichs fest.

1,3 Millionen Veranstaltungen, 69 Millionen Teilnehmer, 50 Milliarden Euro Umsatz: Mit

diesem Umsatzvolumen ist der deutsche Kongress- und Tagungsmarkt mehr als doppelt so groß wie der deutsche Messemarkt (ca. 21 Mrd. EUR), immerhin der bedeutendste der Welt. Doch die große Kongress- und Event-Euphorie, wie sie vor allem zwischen 1999 bis 2001 herrschte, ist weitgehend verfliegen. Branchen-Insider sprechen gar von einem Sinkflug des Marktes - bei gleichzeitig zunehmender Anzahl der Tagungstätten.

„Wir bauen Windmühlen“

„Wenn der Wind stärker ins Gesicht bläst, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen. Wir bauen Windmühlen“, sagt Bernd A. Diederichs, Geschäftsführer der NürnbergMesse, selbstbewusst. So hat die NürnbergMesse allein in den letzten fünf Jahren rund 230 Millionen Euro in den Ausbau und die Weiterentwicklung des Messegeländes investiert.

Wachstumspotenzial

Vorläufiger Höhepunkt ist das neue Kongresszentrum CCN Ost für 60 Millionen Euro. „Nürnberg hat bei Kongressen ein enormes Wachstumspotenzial“, ist Diederichs überzeugt. Schon heute generieren nach einer Untersuchung der Universität Erlangen-Nürnberg Kongresse in Nürnberg einen Um-

satz von rund 180 Millionen Euro.

Während manche Kongresse tatsächlich ihren Zenit überschritten und durch den enormen Kostendruck etwa ihre Beiprogramme deutlich reduziert haben, zeigen beispielsweise die Teilnehmerzahlen bei Medizinkongressen nach oben. Davon profitiert insbesondere das CCN CongressCenter Nürnberg, das eine ganze Reihe namhafter Medizinkongresse im Portfolio hat. Damit und mit weiteren neuen Kongressen, etwa im Sozialbereich, steigerte das CCN seinen Umsatz von ursprünglich einer auf zuletzt über vier Millionen Euro. Für 2005 ist aufgrund des neuen CCN Ost ein Wachstum auf über sieben Millionen Euro geplant.

Lücke geschlossen

Für Nürnbergs Wirtschaftsreferenten Dr. Roland Fleck kein Wunder, schließe das CCN Ost doch eine Lücke im Kongressangebot. Der gleichen Ansicht ist auch die Bayerische Staatsregierung, die Nürnberg mit dem Bau des CCN Ost gar in die Reihe der europaweit bedeutendsten Kongressstandorte aufrücken sieht. Die bisherige Entwicklung der NürnbergMesse zeigt, dass diese Vision keine Utopie ist.

Kongeniele Verbindung

In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Ausstellungsfläche im Messezentrum Nürnberg auf 152.000 m² mehr als verdoppelt. Die Kongresskapazitäten wuchsen jedoch nur unterproportional. Die Folge: Nicht überall waren an die Hallen Kongresskapazitäten angegliedert - ein Manko angesichts des Trends zu messebegleitenden Kongressen aber auch zu Kongress-Ausstellungen. Mit dem CCN Ost stehen nun auch für die rund 60.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche im Ostteil des Messegeländes Kongressräume zur Verfügung. Die Halle 7A ist sogar unmittelbar mit dem Kongressbau verbunden und stellt so eine kongeniele Verbindung mit dem neuen CCN Ost dar.

Klare Funktionalität

Das CCN Ost besticht durch klare Funktionalität und hohe Emotionalität in der Architektur und beim Interieur: Harmonische Formen, klare Farben, eine durchdachte Anordnung der lichtdurchfluteten Räume und angenehme Weitläufigkeit. „Mit dem neuen CCN Ost wird Nürnberg zum Trendsetter im europäischen Kongressmarkt“, ist Bernd A. Diederichs überzeugt. Dem CCN Ost gelingt der schwierige Spagat zwischen topaktueller, zweckmäßiger Ausstattung und Technik sowie einer hohen Emotionalität des Interieurs. „Das ist wahrhaft span-



Große Gala zur Eröffnung des neuen Kongresszentrums CCN Ost in Nürnberg. V. l.: CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann, Karin Stoiber, Dr. Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Marga Beckstein.

nende Architektur - innen wie außen“, brachte es einer der über 200 Kongress- und Eventprofis aus Deutschland auf den Punkt, die das Gebäude schon während der Bauphase besichtigten.

Hilfreich bei der Konzeption des Gebäudes waren für CCN Ost-Architekt Heinz Seipel und das Technik-Team der Nürnberg-Messe das Know-how aus dem Bau und erfolgreichen Betrieb von CCN Mitte und CCN West sowie der intensive Erfahrungsaustausch mit Kongresskunden.

Filigrane Konstruktion

Das neue CCN Ost ist mit 280.000 m³ umbautem Raum so groß wie 300 Einfamilienhäuser. Sechs Stockwerke und fast 40 Meter hoch erhebt es sich auf einer Fläche von rund 140 mal 75 Metern. Bei aller Größe: Durch die transparente, doppelschalige Außenfassade, die fast ganz aus Glas besteht, nur durchzogen von schmalen Aluminium-Bändern, wirkt die gesamte Konstruktion eher filigran als wuchtig.

Luftiger Eindruck

Schon der riesige Luftraum des Atriums sorgt für jenen angenehmen luftigen Eindruck, der vermittelt: da kneift nichts. 40 Meter über dem großzügigen Eingangsbereich wölbt sich ein Glasdach von der Größe eines olympiatauglichen Schwimmbeckens. Lange Rolltreppenbahnen spannen sich quer durch dieses „Auge“ und verstärken so den Eindruck der Großzügigkeit.

Ort der Kommunikation

Auch in den Foyers zwischen und vor den Räumen, auf den Galerien, herrscht ein Gefühl großzügigen Platzes. „Ein Kongresszentrum ist nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung, von Seminaren und Vorträgen - es ist auch ein Ort des Treffens, des Sich-Kennenlernens, der Kommunikation“, sagt CCN-Chef Friedhelm Lenz. Schließlich werden die wichtigsten Gespräche in den Pausen geführt! Die ganze Welt unter einem



Gratulierten Altbürgermeister Martin Abold (links vorne) zum 85. Geburtstag (von links): Fischachs 2. Bürgermeister Peter Ziegelmeier, Vize-Landrat und Landtagsabgeordneter Max Strehle, Günter Würmseher, ehrenamtlicher Kreisgeschäftsführer des Bayerischen Gemeindetages und Fischachs Bürgermeister Josef Fischer.

Altbürgermeister von Willmatshofen wurde 85

Stellvertreter des Landrats Max Strehle, MdL, gratulierte Martin Abold zum Geburtstag.

Der Stellvertreter des Landrats und Landtagsabgeordneter Max Strehle gratulierte jetzt im Beisein von Fischachs Bürgermeister Josef Fischer, dessen Stellvertreter Peter Ziegelmeier und Günter Würmseher, ehrenamtlicher Kreisgeschäftsführer des Bayerischen Gemeindetages, dem Willmatshofer Altbürgermeister Martin Abold zum 85. Geburtstag. Strehle überbrachte ihm auch die besten Glückwünsche von Landrat Dr. Karl Voge.

Der Vize-Landrat betonte die großen Verdienste des ehemaligen Bürgermeisters. Willmatshofen trägt wesentlich die Handschrift des Jubilars.

Zahlreiche Verdienste

So war Abold für den Bau der Straße nach Itzlshofen verantwortlich. Zudem trug er durch den Anschluss eines Oberwasserkanals erheblich zur reibungslosen Wasserversorgung seiner

Gemeinde bei. Auch die Erweiterung des Friedhofes wurde von ihm realisiert.

Abold war von 1960 bis 1972 als 1. Bürgermeister der Gemeinde Willmatshofen tätig, bevor diese in den Markt Fischach eingegliedert wurde. In der Vergangenheit hatte er sich bereits durch seine achtjährige Tätigkeit als 2. Bürgermeister einen Namen gemacht. Von 1972 bis 1978 war er außerdem Gemeinderat in der Marktgemeinde Fischach.

Bezirk Oberbayern:

Finanzielle Härtefälle beklagt

Der Bezirk Oberbayern dringt auf eine Gesetzesinitiative zur finanziellen Besserstellung von Angehörigen, deren Partner im Pflegeheim leben. Seit einer zu Jahresbeginn 2005 eingeführten Änderung im Sozialgesetzbuch wird das Einkommen von Ehepartnern bei der Berechnung der Heimkosten wesentlich stärker herangezogen als früher. In einer Reihe von Fällen führt dies dazu, dass den Betroffenen nur noch ein Existenzminimum bleibt. Die SPD scheiterte im Plenum des Bezirkstages vor kurzem mit ihrem Antrag, die bereits verschickten Gebührenbescheide sofort aufzuheben. Bezirkstagspräsident Franz Jungwirth (CSU) forderte den Bund auf, die Regelung schnellstmöglich zugunsten der Betroffenen zu ändern. Das Plenum beschloss daraufhin, sofort auf die wieder günstigere Berechnungspraxis umzustellen, sobald eine entsprechende Initiative auf dem Weg sei. Dann soll auch geprüft werden, ob dies rückwirkend möglich ist.

DK

Landkreis Rosenheim:

Bürgermeister für Erhalt der Teilhauptschulen

Massiven Widerstand gegen Pläne des Kultusministeriums angekündigt

Die bayernweit peu à peu geplante Schließung der Teilhauptschulen wollen die Bürgermeister aus dem Landkreis Rosenheim nicht kampflos hinnehmen. Bei einer Bürgermeister-Dienstbesprechung im Landratsamt Rosenheim drohten sie jetzt den Verantwortlichen ein regelrechtes Haberfeldtreiben an, sollten Landtag und Kultusministerium zu keinem Kompromiss bereit sein.

Immerhin gibt es im Landkreis Rosenheim noch 17 Teilhauptschulen, von denen manche nach wie vor sogar mehrzünftig geführt werden können. Deshalb sehen die Bürgermeister auch keine Veranlassung, das bewährte Schulsystem ohne Not zu ändern. Ihr zusätzliche Befürchtung: Auf die finanziell ohnehin stark gebeutelten Kommunen kämen erneut immense Kosten zu.

Wenig bürgernahe Vorgehensweise

Nach einem Beschluss des Bayerischen Landtags sollen, wie der Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetags, Rohrdorfs Bürgermeister Fritz Tischner, erläuterte, - die Teilhauptschulen im Freistaat in den nächsten vier Jahren komplett aufgelöst werden.

Tischner artikuliert den Unmut der Bürgermeister über die wenig bürgernahe Vorgehensweise des Kultusministeriums und der Regierung von Oberbayern bei der Umsetzung dieses Landtagsbeschlusses. Außerdem wies er nachdrücklich darauf hin, dass die Gemeinden, was die finanziellen Folgen anbelangt, strikt auf dem Konnexitätsprinzip bestehen werden.

Von Tischners Kollegen mussten sich die Vertreter der Regierung von Oberbayern, die Leitenden Schuldirektoren Dr. Josef Hoyer und Werner Merl,

Landkreis Regensburg:

„Zusammenarbeit sichert Selbständigkeit“

Im Regensburger Landratsamt arbeitet auf Initiative von Landrat Herbert Mirbeth das bayernweit einmalige Pilotprojekt „Interkommunale Zusammenarbeit“. Projektleiter Klaus Zeiser will in ganz Bayern für diese Idee werben, im Landkreis Regensburg aber auch konkrete Modelle umsetzen. Die gemeindlichen Bauhöfe, der Bereich Einkauf/Beschaffung, die Jugendarbeit und das Standesamt sind beispielsweise Felder, auf denen sich gut zusammenarbeiten lässt.

Unter Mirbeths Vorsitz tagte nun die Lenkungsgruppe des Projekts, der neben Regierungspräsident Dr. Wolfgang Kunert auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände wie Landrat Simon Wittmann, Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab (Bayerischer Landkreistag) und Bürgermeister Albert Höchstetter, Barbing (Bayerischer Gemeindetag) angehören.

Kosten senken

Mit dabei waren auch weitere Vertreter des Landkreises- und Gemeindetages, der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung und der Telekom. Zeiser informierte über Veranstaltungen in ganz Bayern, in denen er neue Formen der Zusammenarbeit aufzeigte, mit dem Ziel, die Kosten zu senken, was in Zeiten knapper Gemeindegassen von großer Bedeutung ist.

„Zusammenarbeit sichert Selbständigkeit“, betonte Landrat Mirbeth und begegnet damit der Angst in manchen Gemeinden, dass wenn man Aufgaben abgibt, man eines Tages den Bestand einer Gemeinde ge-

noch weitaus deutlichere Worte gefallen lassen. Und auch MdL Klaus Stöttner bekam - sozusagen stellvertretend für den gesamten Landtag - sein „Fett“ weg, wollten die Gemeindefürsprecher doch partout nicht einsehen, warum die Abgeordneten dieser „weiteren Schwächung des ländlichen Raums“, wie es der Stephanskirchener Bürgermeister Rudolf Zehentner nannte, so kritiklos zustimmen konnten. Die Landtagsabgeordneten sollten gegenüber der Staatsregierung endlich einmal Mut zeigen und ihren Beschluss korrigieren, war die einhellige Forderung.

Weitere Zentralisierung und größere Klassen

„Lassen sie die Teilhauptschule im Dorf“, rief Schechens Bürgermeister Hans Holzmeier aus, und seine Kollegen Augustin Voit (Amerang), Josef Huber (Babensham) und Josef Niedermeier (Pfaffing) listeten im Detail auf, warum alles beim Alten zu bleiben habe. Bei einer Auflösung der Teilhauptschulen seien eine weitere Zentralisierung, noch größere Klassen, noch weniger Chancen für „Spätzünder“ und noch mehr Verwaltungsaufwand zu befürchten. Dass die Gemeinden in den vergangenen Jahren gerade in den Ausbau der Teilhauptschulen viel Geld investiert hätten, dürfe man ebenso wenig vergessen.

Bürgermeister Gerhard Vordermaier unterstrich dies aus Riederer Sicht. In seiner Gemeinde sei die Ausstattung der Teilhauptschule sehr gut und auch die Schülerzahlen seien durchaus ausreichend. Wie sein Kollege Stefan Beer aus Eggstätt machte er die Absurdität der Situation mit dem Hinweis deutlich, dass künftig wohl noch mehr Wanderklassen gebildet werden müssten. Für Riederer beispielsweise würde dies den kostenträchtigen Einsatz eines zusätzlichen Schulbusses erfordern.

Elternwille wieder abschaffen!

Stefan Beer und sein Kollege Christoph Rastinger (Bad Feilnbach) gingen noch weiter. Sie setzten sich vehement dafür ein, beim Übertritt in weiterführende Schulen „endlich den sogenannten Elternwille abzuschaffen“ und wieder die tatsächliche Eignung der Kinder zum alleinigen Maßstab zu machen. Damit wären viele der aktuellen Probleme im Schulwesen auf die sinnvollste Weise zu lösen.

Resolution verabschiedet

Obwohl die beiden Regierungsvertreter und auch der Abgeordnete Klaus Stöttner mit Hinweisen auf die einheitliche Schulform, die man auch den Hauptschülern zubilligen müsse, und auf die durchaus mögliche Erarbeitung regionaler Konzepte die Wogen zu glätten versuchten, verabschiedeten die Bürgermeister aus dem Landkreis Rosenheim eine einstimmig gebilligte Resolution. In ihr wird die Staatsregierung unter anderem aufgefordert, zumindest jene Teilhauptschulen zu erhalten, die auf Dauer die für eine Klassenbildung notwendigen Schülerzahlen erbringen können.

Fundierte Informationen

Dass Harald Neubauer, der Amtsleiter der Rosenheimer Agentur für Arbeit, die Bürgermeister im Verlauf dieser Besprechung dafür gewinnen wollte, vor allem jungen Arbeitslosen in den Gemeinden zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen zu bieten, ging angesichts der Schulproblematik fast unter.

Die fundierten Informationen, die den Gemeindefürsprechern dabei zuzugingen, dürften dennoch auf fruchtbaren Boden gefallen sein. Jedenfalls sagten einige Bürgermeister spontan zu, sich um die Schaffung sogenannter Ein-Euro-Zusatzjobs zu bemühen. DK

einer beispielhaften Zusammenarbeit. So wollen die Standesämter von Pfatter und Wörth gemeinsame Wege gehen, wobei natürlich auch weiterhin in jedem der beiden Rathäuser geachtet werden kann. Die Zusammenarbeit betrifft nur Verwaltungen.

Auch in den Gemeinden entlang der Donau zwischen Tegernheim und Wörth und im Naabtal haben sich bereits Allianzen gebildet. Hier denkt man an eine Zusammenarbeit bei den gemeindlichen Bauhöfen, in der Überwachung des Kanalnetzes und beim Straßenunterhalt nach. DK

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...

„Erinnerung ist kein Verharren in der Vergangenheit, sondern ein Versprechen an die Zukunft.“ Mein Chef, der Bürgermeister, grübelte über seiner Rede zur Festveranstaltung anlässlich des Kriegsendes vor 60 Jahren.

Unser Städtchen war, wie so viele kleinere Orte in Bayern, erst in den letzten Kriegswochen unmittelbar von der Kriegsfurie betroffen: Bombenangriffe, Tiefflieger, hilflose Abwehrversuche des Volkssturms gegen amerikanische Panzerverbände, blindwütiger SS-Terror gegen „Kapitulanten“, Besatzung, Befreiung von Häftlingen und Fremdarbeitern, Flüchtlinge, Vertriebene. All das konzentrierte sich auf wenige Wochen vor und nach dem 8. Mai 1945. Vorher gab es nur die endlosen Listen der Gefallenen und Vermissten, die schlimmen Gerüchte über Lager, die Propaganda vom



durchforsten, kurz die Breite historischen Materials sichten, die sonst über kurz oder lang verloren geht.

Deshalb organisiert unsere Stadt auch die Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des Kriegsendes. Das ist nämlich nicht Ausdruck eines besonderen deutschen Masochismus, auch die „unrunden“ Jubiläen schmerzlicher, traumatischer oder belastender Ereignisse zu feiern. Vielmehr ist es wohl der letzte Jahrestag, an dem uns eine große Anzahl an Zeitzeugen authentisch berichten kann, weil sie als Soldaten oder Zivilisten die letzten Kriegstage erlebt haben, oder weil mit der Vertreibung erst nach der Niederlage der Krieg auf Sie eröffnet wurde.

Weil dies so ist, hat der Bürgermeister auch auf eine feierliche Stadtratssondersitzung verzichtet oder auf einen Empfang in Anwesenheit der üblichen Freibiergesellschaft. Sondern er hat diejenigen eingeladen, die als Schüler mal an einem Geschichtswettbewerb mitgearbeitet haben, Lokalhistoriker und vor allem diejenigen, die bereit waren, aus ihrem Leben zu erzählen - Erzählungen, die ihnen schwer gefallen sein müssen; von Erfahrungen, vor denen uns Nachgeborene der Himmel bewahren möge.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird jetzt dafür sorgen, dass all die Forschungsergebnisse der engagierten Laien vom Heimatmuseum und vom Stadtarchiv systematisch gesammelt werden. Nichts soll verloren gehen. Und er will auch weitere Leute ermuntern, über ihre Erlebnisse zu sprechen. Die Zeit läuft unerbitlich davon und mancher Schatz an Erfahrung und Wissen harrt noch seiner Bergung. Ansonsten braucht der Chef noch ein Zitat für seine Rede. Ich lege ihm heute kein Kalenderblatt hin, sondern die Präambel der Bayerischen Verfassung: „Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkriegs geführt hat ...“

Ein Versprechen an die Zukunft

Endsieg, während die Frontlinien sich immer näher zur deutschen Grenze schoben.

Wenn wir von all den Geschehnissen in unserer engeren Heimat heute noch wissen, verdanken wir das nicht den gelehrten Professoren und ihren historischen Seminaren oder gar den inflationär sprießenden Dokumentationsreihen im Fernsehen, die in scheinbar jeden Winkel der Kriegs- und NS-Terrorgeschichte leuchten. Nein, wir verdanken es ganz normalen Leuten, die die Erforschung der Lokalhistorie zu ihrem Hobby gemacht haben. Vor allem verdanken wir es aber Generationen von Schülerinnen und Schülern, die an allen möglichen Geschichtswettbewerben teilgenommen und dabei die historischen Abläufe in der Nachbarschaft erforscht und dargestellt haben.

Diese jungen Leute konnten dabei Schätze heben, für die es den schönen Fachaussdruck der „oral history“ gibt: Die Berichte, Erzählungen und Erinnerungen ganz einfacher Leute. Sie konnten Feldpostbriefe lesen, alte Fotografien auswerten, Entnazifizierungsbescheide

the
Sabrina



Tag der offenen Tür im Landratsamt FFB

Am Sonntag, 24. April, findet im Landratsamt Fürstenfeldbruck von 13 bis 17 Uhr ein Tag der offenen Tür statt. Das ebenso umfangreiche wie vielfältige Programm stellen auf einer Pressekonferenz vor: Hinten v. l. Dr. Rudolf Summer, Eva-Maria Wüstendörfer, Martina Scherl, Landratsamt Fürstenfeldbruck; vorne v. l.: Kreisrätin Margret Kopp, Referentin im Kreistag für Jugend und Familie, Dietmar König, Peter Schmelzer, Landratsamt Fürstenfeldbruck und Gisela Schneid, stv. Landrätin.

Auf der Galerie steht beispielsweise eine Mitmach-Aktion unter dem Motto „Coole Drinks - Klarer Kopf“. Zusätzlich wird ein kleines Fragequiz mit Überraschungspreisen veranstaltet. Eine Informationsstunde des Pflegekinderdienstes steht ebenso auf dem Programm wie die Einführung eines Puppentheaters. Weitere Programmpunkte sind: Hüpfburg des Kreisjugendrings und Basteln für Kinder - hier können auch mittels einer Buttonmaschine eigene Anstecker erstellt werden. Mit dem Energiefahrrad der Agenda 21 wird Energie und Stromerzeugung am eigenen Körper erfahrbar. In der Spielothek „Spiel plus Schlau“ können Großspielgeräte wie zum Beispiel Stelzen und Pedalos ausprobiert werden. Der Verleih von Gesellschaftsspielen ist geöffnet.

Neben einem Sehtest gibt es für Kinder auch die Möglichkeit, sich zu schminken. Die Kinder können sich nach Lust und Laune in Katzen, Hasen, Marienkäfer, Tiger und noch mehr verwandeln. Das Erleben der Sinne auf eine neue Art erwartet den Besucher im Rahmen eines Sinnesparcours. Außerdem kann er sein Wissen über das Rauchen testen. Für aktive Raucher wartet der „Raucherfinger“. Beim Aktionsrad kann man sein Wissen über HIV/AIDS überprüfen und sich ausführlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über die Thematik informieren. Im Rahmen einer Reiseempfehlung ist es zudem möglich, sich über Gesundheitsrisiken und notwendige Vorbeugemaßnahmen für über 300 Reiseziele zu informieren. Die Cafeteria der Caritas verwöhnt schließlich mit verschiedenen Angeboten an Kaffeespezialitäten, alkoholfreien Getränken und einer Auswahl aus ihrem kulinarischen Angebot.

Augsburger Frühjahrsausstellung:

„Wir Schwaben“ war vielseitig attraktiv

600 Aussteller und 94.200 Besucher / Spürbarer Aufwärtstrend

Augsburg (jdt) - Rund 94.200 Besucher, rund 1000 mehr als 2004, gab es bei der neuntägigen Augsburger Frühjahrsausstellung mit ihren 600 Ausstellern. Bei der Stadt Augsburg und der AFAG Messen und Ausstellungen GmbH wurde zufrieden Bilanz gezogen. Im Gegensatz zu anderen Ausstellungen, die vielfach ein Minus zu beklagen haben, war Optimismus auch im Blick auf 2006 spürbar.

Zu den Höhepunkten der „afa“ gehörte die große und vielseitige Sonderschau „Wir Schwaben“ in der Halle 7. Die Stadt Augsburg, der Bezirk Schwaben, die Landkreise Augsburg, Aichach-Friedberg, Günzburg und Donau-Ries boten eine Vielfalt an Eindrücken, mit täglich wechselnden Aktivitäten und Informationen über regionale Bekömmlichkeiten für Herz, Leib und Seele.

Schwaben-Quiz

Unter dem Leitwort „Natur und Umwelt erfahren und erleben“ hatte sich der Bezirk Schwaben engagiert, unter anderem mit einem Schwaben-Quiz mit über 80 attraktiven Preisen und einem Kartoffel-Schätzwettbewerb. Die Museen Mailingen, Illerbeuren und Oberschönenfeld, Bezirksheimatpflege und die Fischereiberatung stellten sich vor. Zu den Aktionen für das Publikum

zählten auch ein „Erntetag“, „Nützliches schöpfen aus der Natur“ und eine „Lebende Floristenwerkstatt“. Einbezogen waren die Ulrichswerkstätten Augsburg.

„Donautal-Aktiv“

Premiere bei der „afa“ hatte die Arbeitsgemeinschaft „Donautal-Aktiv“, unter Leitung des Vorsitzenden, Landrat Leo Schrell, Dillingen. Das „Schwäbische Donautal“ zwischen Donau-Ries, Dillingen, Günzburg und Neu-Ulm/Ulm wurde mit seinen Sehenswürdigkeiten auf insgesamt 85 Kilometern Länge attraktiv vorgestellt.

„Entdecken und erfahren“

Eingeladen wurde zu einer Spurensuche mit dem neu herausgekommenen, über 210 Seiten starken und reich bebilderten Rad- und Freizeitführer „Entdecken und Erfahren“.

Komplimente gab es dafür u. a. von Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert und Regierungspräsident Ludwig Schmid.

Besonders engagiert hatte sich aus besonderem Anlass der Landkreis Donau-Ries, zu seiner zehnten Präsentation bei der „afa“, mit den Fremden- und Naherholungseinrichtungen, Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Straßencafe und kulinarischen Spezialitäten.

Lebhafte Diskussion

Lebhaft war der Meinungsaustausch bei einem „afa“-Talk mit Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert, Augsburg („Unsere Stadt ist eine im Vergleich zu ähnlich großen Städten eine gute Einkaufsstadt“), Handwerkskammerpräsident Manfred Rudel („Qualität hat ihren Preis, das verdient mehr Beachtung“), Paul Waning, Vorstand der Lechwerke AG („Die Bereitschaft für Qualitätswaren Geld auszugeben, ist durchaus da“), dem Geschäftsführenden Gesellschafter der AFAG, Heiko Könicke („Es gibt nach längerer Investitionszurückhaltung einen Bedarfsstau, der teilweise gewaltig ist“) und dem Konsumforscher Rüdiger Szallies („Wir brauchen mehr Optimismus, eine bessere Stimmung ... eine verlässliche Politik, mehr Härte gegen uns selbst ... und einen Tritt in den Hintern“).

Die Gesprächsleitung hatte Alfred Schmidt von der Augsburger Allgemeinen Zeitung. ☞



Beeindruckt von der Sonderschau „Wir Schwaben“ bei der „afa“ waren unter anderem auch (von links): Landrat Stefan Rössle (Donau-Ries), Michael Wörle vom Deutschen Skiverband, der Vorsitzende der AG der schwäbischen Landräte, Karl Vogele (Augsburg), Regierungspräsident Ludwig Schmid, Jürgen Schmid (Vizepräsident der Handwerkskammer Schwaben) und der Dillinger Landrat Leo Schrell. Bild: -jdt-

Landkreis Donau-Ries mit eigenem Familienportal

Seit Januar betreibt der Landkreis Donau-Ries eine eigene Internet-Börse zur Kinderbetreuung im Landkreis. Familien und Alleinerziehende im Landkreis Donau-Ries, die einen Babysitter, eine Tagesmutter oder eine Leihoma / Leihopa brauchen, können diese nun über die Internetseiten des Landkreises Donau-Ries buchen. Zielgruppe des Familienportals sind Frauen, die den Wiedereinstieg in die Berufswelt suchen und hierbei Probleme mit der Unterbringung ihrer Kinder haben. Oftmals sind es aber auch alleinerziehende Elternteile, die eine Leihmutter oder eine Leihoma zur Betreuung ihrer Kinder suchen.

Der Arbeitskreis „Frauen“ der Agenda 21 hatte im April 2004 die Idee für diese Internet-Börse zur Kinderbetreuung. Zusammen mit der Agentur für Arbeit Donauwörth, der Börse Aktiv 50 +/- des Evangelischen Bildungswerks Nördlingen und dem Kinderherzverein Wemding wurde diese Idee in die Tat umgesetzt.

Das ehrenamtliche Engagement aller Beteiligten trägt ein Stück dazu bei, dass sich die jungen Familien im Landkreis wohlfühlen und sich die Le-

bensqualität durch die weitgehend ehrenamtliche Arbeit vor Ort weiter verbessert.

Mit dem Familienportal wird eine Alternative zu den bestehenden Einrichtungen zur Kinderbetreuung angeboten. Es deckt vor allem diejenigen Zeiten ab, wie z. B. am Wochenende oder in den Abendstunden, in denen andere Einrichtungen geschlossen sind.

Weitere Informationen und Auskünfte erteilt die Pressestelle des Landratsamtes unter Tel. 0906/74-333. ☞

Bürgermeisterwahlen:

Aktuelle Ergebnisse

Michael Grasl von den Freien Wählern ist neuer Hauptamtlicher Bürgermeister von Münsing. Mit dem klaren Votum von 52,5 Prozent behielt der 37-Jährige die Oberhand gegenüber seinen Mitbewerbern Hans Strobl (34,4 Prozent) und Hubert Kühn (13,1 Prozent).

In Wilburgstetten im Landkreis Ansbach ist Bernhard Kisch zum neuen Bürgermeister gewählt worden. Der 31-jährige Kandidat der Freien Wähler setzte sich mit 68,4 Prozent der Stimmen gegen den 51-jährigen parteilosen Amtsinhaber Günther Gottwald durch. Die Wahlbeteiligung lag bei 78,3 Prozent. Als Rathauschef der Stadt Erlenbach am Main ist CSU-Amtsinhaber Berninger für eine weitere Amtszeit bestätigt worden. Er erhielt 67,9 Prozent der Wählerstimmen, die SPD-Herausforderin Tulke 32,09 Prozent. An der Abstimmung beteiligt hatten sich 57 Prozent der Wahlberechtigten.

Bestätigt wurden die Rathauschefs auch in zwei weiteren Gemeinden: Im oberpfälzischen Wackersdorf kann der amtierende Bürgermeister Alfred Jäger von den Freien Wählern eine dritte Amtszeit antreten. Bei einer Beteiligung von 71,4 Prozent erhielt der 57-Jährige 61,8 Prozent der Wählerstimmen. In Gundelfingen im Landkreis Dillingen wurde Amtsinhaber Kukla von der CSU im Amt bestätigt. Der 53-Jährige ist seit sechs Jahren Oberhaupt der nordschwäbischen Stadt und hatte keinen Gegenkandidaten. Die Beteiligung lag bei 36 Prozent. **DK**

Vorschau auf GZ 9

In unserer nächsten Ausgabe Nummer 9, die am 5. Mai erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ☞ **Kommunal Finanzen**
- ☞ **Wasserversorgung • Wasserentsorgung**
- ☞ **Kommunale Baupolitik**
- ☞ **Kommunalfahrzeuge**